auf Seite 7

Welternährung

Zeitung der Deutschen Welthungerhilfe

Deutsche Post, Entgelt bezahlt G 3059

1. Quartal 2004
33. Jahrgang

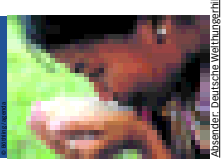
Absender: Deutsche Welthungerhilfe e. V., Adenauerallee 134, 53113 Bonn

Tod im Township
Aids wütet in Südafrika
Seite 4

Null Hunger
Hat Präsident Lula etwas erreicht?
Seite 7

Subventionskrieg
Wie man Konkurrenten aus dem Markt kickt
Seite 7

Korn des Lebens
Dossier: Wem gehört der Reis?
Seiten 9-11



Editorial

Satt macht frei

Viele nutzen die Fastenzeit, um freiwillig für ein paar Tage auf selbstverständlich gewordene Annehmlichkeiten des Lebens zu verzichten. Millionen Menschen allerdings träumen davon, wenigstens einen Tag lang satt zu werden. Ein voller Bauch ist ein Stück Freiheit. Vor allem eine entscheidende Grundlage, um das eigene Leben aktiv gestalten zu können.

Die meisten Staaten haben die von der UN verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Die dort ratifizierten Rechte – unsere Freiheiten – können gerichtlich erstritten werden. Im Fall der Bürgerrechte besteht zumindest Konsens über die Notwendigkeit, sie weltweit durchzusetzen. Anders sieht es mit den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten aus, zu denen insbesondere das Recht auf Nahrung gehört. In vielen Ländern zerstören Regierungen die Lebensgrundlagen ihrer Bürgerinnen und Bürger: ohne jede Entschädigung, um Straßen und Staudämme zu bauen. Sie greifen nicht ein, wenn ausländische Firmen und ihre lokalen Helfershelfer Bodenschätze und natürliche Ressourcen auf Kosten der ländlichen Bevölkerung ausbeuten.

Dabei haben Staaten genau diese Pflicht: Sie müssen dafür sorgen, dass unsere Rechte respektiert werden. Staatsvertreter sind auch dazu da, uns vor einer Verletzung dieser Rechte durch andere zu *schützen*. Außerdem hat der Staat zu *gewährleisten*, dass alle Bürger ihre Rechte in Anspruch nehmen können.

Unterernährte Menschen brauchen hier tatkräftige Unterstützung. Nichtregierungsorganisationen wie die Deutsche Welthungerhilfe kämpfen dafür, dass sie mit ihrem Anliegen Gehör finden. Vor allem aber brauchen sie eins: die Freiheit, satt zu werden.

Hans-Joachim Preuß

Frei von Furcht und Not

1948 verabschiedeten die Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". Und danach sollte die Wirklichkeit heute längst ganz anders aussehen. Denn jeder Mensch hat Anspruch auf Nahrung, Kleidung und Wohnung. Auf Arbeit und freie Berufswahl. Auf den Schutz seiner Familie und medizinische Versorgung. Und: Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und Schule, auf die Teilnahme am kulturellen Leben und am wissenschaftlichen Fortschritt.

30 Schriftsteller, Publizisten und Fachleute aus 15 Ländern haben sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten befasst. In Erzählungen, Berichten, Essays, Gedichten und Reportagen zeigen sie nicht nur Missstände auf, sondern machen Mut: Engagement für Menschenrechte lohnt sich!

Ein Buch für alle, denen es nicht egal ist, wenn Unrecht in der Welt passiert. Unter anderem auch mit einem Artikel von Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe.

Frei von Furcht und Not
Hg. von Reiner Engelmann und Urs M. Fiechtner
Patmos Verlagshaus

© Kopka/agenda

Allmählich kehrt das Lachen nach Afghanistan zurück. *Doch noch herrschen Warlords, floriert der Mohnanbau, sind Frieden und Stabilität fern.*

Wo Mohn und Träume blühen

In Afghanistan ist Sicherheit notwendiger denn je / Von Peter Münch

Afghanistan erblüht. Nach dem Irak-Krieg konnte sich das Land wieder aus dem „Windschatten" der Weltpolitik lösen. Kabul hat wieder Konjunktur – auch weil aus Bagdad kaum Erfolge zu vermelden sind.

Mit einer guten Nachricht vom Hindukusch hatte das Jahr begonnen: Nach zähem Ringen verabschiedete die Loya Dschirga, die große Ratsversammlung, eine neue Verfassung, die den 27 Millionen Einwohnern den Weg in eine bessere Zukunft weisen soll. Der Westen zeigt sich zufrieden mit dem Werk und macht sich seinerseits daran, neue Konzepte für die Stabilisierung des Landes zu entwerfen. Die Nato will endlich raus aus Kabul und ein Netz so genannter „Regionaler Wiederaufbauteams" über die Provinzen ziehen. Und die Bundesregierung lädt ein zur dritten Afghanistan-Konferenz auf deutschem Boden am 31. März und 1. April – diesmal nicht auf dem Petersberg, sondern in Berlin.

Was derzeit blüht, sind jedoch nur Pläne auf Papier, und bisweilen auch die Phantasie. In der Praxis ist Afghanistan über zwei Jahre nach dem Anti-Terror-Krieg nicht entscheidend auf dem Weg zum Frieden voran gekommen. Außerhalb Kabuls gibt es keine Sicherheit. In zahlreichen Provinzen bekämpfen sich noch zahlreichere Warlords. Die vertriebenen Taliban sind im Süden und Osten des Landes wieder auf dem Vormarsch. Zum Feind haben sie sich auch die humanitären Helfer erkoren. Gezielte Anschläge haben die UN und zahlreiche andere Organisationen schon aus diesen Regionen vertrieben. Und wenn wirklich etwas blüht in Afghanistan, dann ist es der Mohn.

Mohn lässt Rekordernte erwarten

Die Opium-Bauern fahren wieder Rekordernten ein. Im Jahr 2003 waren es 3600 Tonnen, für 2004 befürchten die Vereinten Nationen noch eine deutliche Steigerung. Veredelt zu Heroin, deckt der Stoff vom Hindukusch 90 Prozent des europäischen Bedarfs. Ein Milliardengeschäft, von dem die afghanischen Bauern allerdings zum geringsten Teil profitieren. Doch ohne die Einnahmen aus dem Drogenanbau könnten sie ihre Familien kaum durchbringen.

Das Opium finanziert nicht nur das Überleben der Bauern, sondern auch die Fortsetzung der Kämpfe. Ob Taliban oder Nordallianz – die Milizen füllen ihre Kriegskassen traditionell mit dem Drogengeld. Fast schon rituell fordert die Kabuler Regierung von Präsident Hamid Karsai internationale Hilfe beim Kampf gegen das Opium – völlig zu Recht, doch nicht immer glaubwürdig. Denn mancher Drahtzieher des Drogengeschäfts sitzt selbst in Amt und Würden. Doch der Westen stellt sich weitgehend taub. Zu einem Anti-Drogen-Krieg mag sich niemand aufraffen.

Für ihre Untätigkeit haben die politisch Verantwortlichen viele Begründungen, aber keine wirklich guten Gründe. Bei einem Vorgehen gegen die Kriegs- und Drogenbarone befürchtet man den Zusammenbruch des labilen Gleichgewichts. Zugleich jedoch ist jedem klar, dass es keine Stabilität geben kann, solange auf den Feldern der Mohn gedeiht. In ihrer Inkonsequenz jedoch sind die Politiker konsequent: So hat der Bundestag im vergangenen Herbst dem ins nordafghanische Kunduz entsandten Regionalen Wiederaufbauteam der Bundeswehr explizit verboten, gegen den Drogenanbau vorzugehen.

Politik ist inkonsequent

Erkannt hat die internationale Gemeinschaft aber mittlerweile, dass ihr ursprüngliches Konzept zur Stabilisierung des Landes nicht aufgehen konnte. Auf dem Petersberg war beschlossen worden, die Friedenstruppe Isaf mit etwa 5000 Soldaten allein in Kabul zu stationieren. Von der Hauptstadt aus sollten Sicherheit und Stabilität aufs Land ausstrahlen. Tatsächlich wurde die Hauptstadt so zu einer Insel relativer Ruhe. Doch die Unsicherheit und Instabilität in weiten Teilen des Landes, die von der Zentralregierung nicht kontrolliert werden können, strahlen immer wieder nach Kabul hinein.

Als richtige Konsequenz daraus sollen nun neue Wiederaufbauteams in die unsicheren Regionen des Landes entsandt werden – und nicht nur ins relativ sichere Kunduz. Die Zeit drängt, denn eigentlich sollen schon im Sommer Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Angesichts der angespannten Lage sind landesweite Wahlen jedoch fraglich geworden. Die Aufbau-Truppen sollen nun für mehr Sicherheit sorgen. Für Afghanistan wäre das ein Segen. Doch erst einmal müssen sich die westlichen Staaten dazu durchringen, genügend Soldaten und Geld zur Verfügung zu stellen. Und auf dem Weg in die Wirklichkeit sind schon manche Blütenträume zerplatzt.

Dr. Peter Münch ist zuständig für das Ressort Außenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung in München.

Nachrichten

Zurück von der Reise

Straßen für Frieden und Entwicklung

Kongo-Experte Georg Dörken kehrte aus dem Ostkongo zurück

© Hilfe zur Selbst

Mit Schwung wird der Schotter aufgeschüttet: *In Ituri baut man Straßen von Hand.*

Straßenbau gehört eigentlich nicht zu den Hauptaufgaben der Deutschen Welthungerhilfe. Doch in der Demokratischen Republik Kongo sind nach Jahren des Krieges die Straßen unbefahrbar. Georg Dörken, Programm-Manager für den Kongo, hat sich in der Unruhe-Provinz Ituri im Osten des Landes selbst davon überzeugt, wie wichtig Straßenbau ist. „Besser gesagt, die Instandsetzung von Wirtschaftswegen", korrigiert Dörken.

Wenn sich Waren leichter transportieren lassen, hilft das den Menschen. Bauern erzielen von Zwischenhändlern höhere Preise, weil ihre Produkte schneller zum Verkauf in die Stadt gebracht werden können. Und dort sind Bohnen, Maniok, Kartoffeln und Zwiebeln trotzdem billiger, weil die Transportkosten niedriger sind.

Schaufeln statt Gewehre

67 Kilometer Straße zwischen der Distrikthauptstadt Bunia und dem Albert-See sind bereits mit DWHH-Unterstützung fertig. Der Bau – vor allem mit Schaufeln und Spaten – gibt Arbeit. „Wir beschäftigen etwa 400 bis 500 Menschen", erläutert Dörken. Arbeiter aus den als verfeindet geltenden Ethnien der Hema und Lendu arbeiten einträchtig an der Straße. Viele haben ihre Waffe abgegeben und gegen die Schaufel getauscht.

Die rund 25 US-Dollar Monatslohn liegen deutlich über dem ortsüblichen Durchschnitt von 18 US-Dollar. Trotz solcher versöhnlichen Gesten bleibt die Situation in Ituri angespannt. Erst kürzlich massakrierten Milizen am Albert-See 120 Menschen, darunter einen UN-Mitarbeiter aus Kenia. Georg Dörken hat sich dennoch sicher gefühlt: „Wir genießen bei den Menschen ein hohes Ansehen." Die Welthungerhilfe arbeite als einzige Hilfsorganisation auch „frontübergreifend". Manchmal würden die Mitarbeiter sogar mit Applaus begrüßt.

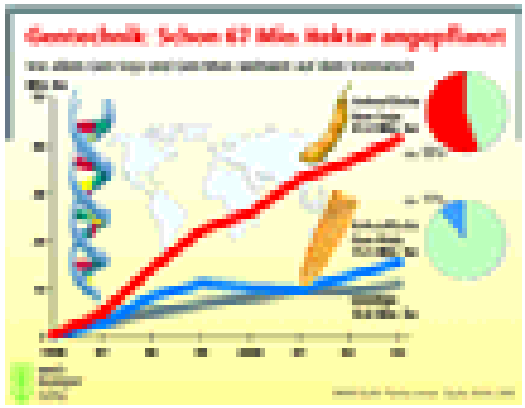
Für die prekäre Sicherheitslage macht Dörken die UN-Blauhelme (MONUC) mitverantwortlich. Nach Anfangserfolgen setzen sie ihr Mandat zur Friedenserzwingung oft nicht durch. „Das Ansehen der UN nimmt ab." Es dürfe nicht sein, dass in von der MONUC kontrollierten Dörfern Kindersoldaten mit Kalaschnikows herumliefen. Die im vergangenen Jahr abgelaufene EU-Mission unter Leitung der afrikaerfahrenen Franzosen sei weit erfolgreicher gewesen.

Urheber des anhaltenden Konflikts sind nach Dörkens Meinung lokale Kriegsherrn und Milizenführer. Die Bevölkerung in der Region hat nach rund 50 000 Toten und einer halben Million Vertriebenen „die Nase voll vom Krieg". Doch Ituris wertvolle Bodenschätze, vor allem Gold und Coltan, schüren die Auseinandersetzungen. Für eine friedliche Entwicklung müssen zunächst die Einflussgebiete für die Rohstoffausbeutung klar festgelegt werden, meint Dörken.

Die DWHH unterstützt die Menschen in Ituri weiter beim Aufbau der Infrastruktur, „weil der Bedarf einfach groß ist". Zudem werden Schulen, Gesundheitsstationen und Brunnen wieder aufgebaut, Vertriebene erhalten Saatgut und Nahrungsmittel. Von der Arbeit der Welthungerhilfe profitieren in der Region rund 250 000 Familien, das sind etwa 1,5 Millionen Menschen. Doch in Ruhe können sie Ackerbau und Viehzucht erst wieder betreiben, wenn endlich Frieden herrscht.

© DWHH

„Da ungefähr liegt Ituri": *Kongo-Experte Georg Dörken vor der Afrika-Karte.*



Genveränderte Pflanzen bereits weit verbreitet

Gentechnisch veränderte Pflanzen werden weltweit bereits auf einer Fläche angebaut, die fast doppelt so groß ist wie Deutschland: gut 67 Millionen Hektar. Auf Soja entfällt mit 61 Prozent die größte Fläche, gefolgt von Mais (23 Prozent), Baumwolle (10 Prozent) und Raps (5 Prozent). Andere Pflanzen spielen bisher keine Rolle.

2002 ernteten rund sechs Millionen Bauern in 16 Ländern genveränderte Nutzpflanzen. Im Jahr darauf waren es bereits sieben Millionen in 18 Ländern. Spitzenreiter sind die USA mit fast zwei Drittel der weltweiten Gen-Anbauflächen. Gefolgt von Argentinien mit rund 21 Prozent, Kanada mit sechs, China mit etwa vier und Südafrika mit knapp einem Prozent. Seit September 2003 erlaubt auch Brasilien den Anbau von Gen-Soja. Experten schätzen, dass entsprechendes Saatgut inzwischen auf über drei Millionen Hektar ausgebracht wurde.

Anbau in Süden wächst

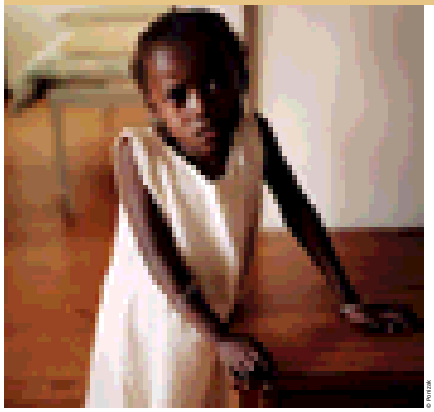
Schon heute wächst fast ein Drittel aller gentechnisch veränderten Pflanzen in Entwicklungsländern, mit doppelt so hohen Steigerungsraten wie in den Industrieländern. Zumeist werden Nutzpflanzen bisher gentechnisch verändert, um sie gegen Unkrautvernichtungsmittel unempfindlich zu machen oder um selbst Abwehrstoffe gegen Schadinsekten zu entwickeln. Besseres Aussehen, Unempfindlichkeit gegen Druck („Anti-Matsch-Tomate") oder ein höherer Zuckergehalt spielen noch keine Rolle. Das könnte sich allerdings schon bald ändern.

Genfood ist auf Vormarsch

In Europa werden bisher noch keine rohen oder zubereiteten Gen-Pflanzen als Lebensmittel verkauft. Doch es ist wie mit dem Märchen vom Hasen und Igel: Als Futtermittel oder als Zutaten sind sie schon allgegenwärtig – Soja-Eiweiße in Fertigprodukten, Lecithin in Schokolade oder Öl in Margarine. Vitamin E wird oft aus Gen-Soja gewonnen, Maisstärke steckt in vielen Lebensmittelzutaten. Große Mengen Gen-Soja werden verfüttert und gelangen so auf den Teller.

Daneben spielen Zusatzstoffe aus genmanipulierten Mikroorganismen wie Bakterien oder Pilzen eine wichtige Rolle. Vitamin B12 wird inzwischen ausschließlich von genveränderten Mikroorganismen hergestellt. Auch Geschmacksverstärker wie Glutamat sind ohne Aminosäuren von genmanipulierten Organismen kaum noch denkbar. Dasselbe gilt für Enzyme, die etwa bei der Käseverarbeitung oder der Produktion von Traubenzucker oder Glucose eingesetzt werden.

Neues aus aller Welt



© Photo

HIV-infiziert: *das Schicksal vieler Kinder in Südafrika.*

Aids: Initiative will Frauen stärken

Eine neue Initiative will die Aids-Bekämpfung mehr an den besonderen Problemen und Interessen von Frauen ausrichten. „Von den weltweit ca. 40 Millionen Aids-Kranken sind rund die Hälfte Frauen, in Afrika sogar 60 Prozent. Dennoch werden sie bei der Aids-Bekämpfung vernachlässigt", meint Peter Piot, Chef des UN-Programms zur AIDS-Bekämpfung (UNAIDS), das die Initiative angeregt hat.

Junge Mädchen haben ein zweieinhalbmal höheres Risiko, an Aids zu erkranken als junge Männer. Studien zeigen, dass eheliche Treue Frauen nicht vor Aids schützt. Oft werden sie von ihren Ehemännern angesteckt. Zudem wissen vier von fünf jungen Frauen in besonders von Aids betroffenen Regionen zu wenig über die Krankheit.

Prominente wie die frühere irische Präsidentin Mary Robinson und Schauspielerin und Oscar-Preisträgerin Emma Thompson unterstützen die Initiative. Die „globale Koalition zu Frauen und Aids" soll laut Piot eine informelle Gruppe von Akteuren, Organisationen und Netzwerken sein. Handlungsorientiert will man vorgehen, etwa gemeinsam mit Pharmaindustrie, Hilfsprogrammen, Regierungen und unabhängigen Gruppen den Schutz vor Aids insbesondere für junge Frauen und ihre medizinische Behandlung verbessern.

Kolumbien: Zwei bis drei Millionen Vertriebene

Zwei bis drei Millionen Kolumbianer, zumeist afroamerikanischer oder indianischer Abstammung, leben als Heimatvertriebene im eigenen Land. So sind etwa viele Menschen vor dem Bürgerkrieg im Norden Kolumbiens, nahe der Grenze zu Panama, in entlegene Dschungelregionen geflüchtet. Vergessen von der Regierung und für Hilfsorganisationen kaum erreichbar, sind sie völlig verarmt.

Als eine schwere humanitäre Krise bezeichnete ein Mitarbeiter des UN-Flüchtlingskommissariates UNHCR das Problem der Vertriebenen im eigenen Land in Kolumbien. Nur im Sudan und der Demokratischen Republik Kongo sei der Anteil der Vertriebenen höher.

Brasilien weitet Handel mit Indien aus

Den Handel zwischen Brasilien und anderen Schwellenländern ausbauen will der brasilianische Präsident Lula da Silva. In Neu-Delhi unterzeichnete er im Januar ein Abkommen über Zollerleichterungen zwischen Indien und der südamerikanischen Handelzone Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay). Dieser erste Schritt zu einer Freihandelszone leite, so Lula, „eine neue Ära der Süd-Süd-Kooperation ein". Das Ziel sei eine neue Geografie des Handels in der Welt – ohne dabei den Handel mit den reichen Ländern abzuwerten.

Der brasilianische Handelsminister Luiz Fernando Furlán erwartet in fünf Jahren eine Verfünffachung des zurzeit noch geringen Handels zwischen Brasilien und Indien. So exportiert Brasilien zum Beispiel die Ethanol-Technologie. Brasilien hat in den letzten Jahrzehnten den Ersatz von Benzin durch Ethanol aus Zuckerrohr stark gefördert. Inzwischen findet dieses Prinzip in Indien zunehmende Verbreitung. Mit brasilianischer Technologie sollen im Zuckerrohrland Indien in den nächsten Jahren 15 Ethanolfabriken entstehen.

Derzeit sind USA und EU die Haupthandelspartner Brasiliens. Lula will jedoch die Bedeutung der Gruppe der drei (G3: Brasilien, Indien, Südafrika) deutlich verstärken.

© Photo Agentur

Know-how im Süd-Süd-Handel: *indische Computerfachleute.*

Reportage

Das verlorene Paradies

Indiens unbekannte Kolonie: Die Bewohner der Andamanen-Inseln sind bedroht / Von Rainer Hörig

Plötzlich steht er mitten auf der Straße. Schwarz wie Ebenholz und einen ganzen Kopf kleiner als ein normaler Europäer. In der linken Hand trägt der Mann einen zwei Meter langen Bogen und drei ebenso lange Pfeile mit Eisenspitzen. Ein Panzer aus Bast und Blättern schützt seine Brust. Um die Hüften trägt er nur ein rotes Stoffband.

© hörig

Lange haben sich die Ureinwohner der Andamanen behauptet. *Jetzt droht sie die Zivilisation zu vernichten.*

Von der Hauptstadt Port Blair aus sind wir auf der „Andaman Trunk Road" nach Norden unterwegs, der einzigen Straßenverbindung über die drei Hauptinseln der Andamanen-Gruppe. Bevor wir ins Territorium der Jarawa, der Ureinwohner der Insel, einfahren dürfen, ist an einer Straßensperre ein bewaffneter Polizist in unseren Wagen gestiegen. Dann hat uns ein nahezu undurchdringliches Pflanzendickicht verschluckt. Die Straße führt durch einen der letzten Wälder der Welt, in dem niemals Bäume gefällt wurden.

Begegnung im Wald

Der Mann kommt um den Wagen herum, schaut uns mit dunklen, traurigen Augen an, streckt einen muskulösen Arm ins Wageninnere. Hastig suchen wir Bananen aus einer Plastiktüte und legen sie in seine Hand. Die Geschenke verschwinden im roten Hüftband. Die Hand erscheint abermals. „Banane, Banane!" verlangt der Mann. Wir reichen dem Waldbewohner so viele Früchte, wie er haben will. Als wir keine Bananen mehr haben, nehmen wir gestenreich Abschied.

Auf den Andamanen-Inseln wohnen vier verschiedene Negrito-Völker, zusammen höchstens 600 Menschen. Die rund 300 Jarawa bilden die stärkste Gruppe. Ihre Nachbarn, die Groß-Andamaner, wurden von Eroberern und Infektionskrankheiten auf nur noch 40 dezimiert. Die Zahl der Onge auf der Insel Little Andaman ging von über 600 auf weniger als 100 zurück, nachdem man die Wälder ihrer Insel rodete und Ölpalmplantagen anlegte. Auf der Insel Sentinel leben schätzungsweise 100 Negritos, die sich bis heute mit Waffengewalt gegen jeden Kontakt zur Außenwelt wehren und ihre Freiheit verteidigen.

Die Zentralregierung in New Delhi setzt die britische Kolonialpolitik nahezu unverändert fort.

Vermutlich sind die Andamaner versprengte Nachfahren der Ureinwohner der südostasiatischen Inselwelt. Als Waldnomaden durchstreifen sie die dichten Wälder, jagen Wildschweine, fangen Fische, sammeln Früchte, Wurzeln und Honig. Wo sie sich niederlassen, errichten sie Hütten aus Holz und Blattwerk. Das Kochfeuer wird mit glimmenden Lunten mitgeführt.

Ureinwohner wehren sich

Die kleinen Inselvölker behaupteten sich gegen Sklavenfänger, Wilderer und Seeräuber, bekämpften auch jeden Versuch europäischer Kolonialisten, einen Stützpunkt auf der Inselgruppe zu errichten. Die Briten versuchten, mit Geschenken und medizinischer Hilfe zunächst das Vertrauen der Groß-Andamaner zu gewinnen, die die Küsten der Insel Süd-Andaman bewohnten. Auflehnung wurde mit Strafexpeditionen geahndet. Masern, Grippe und Syphilis rafften die Groß-Andamaner zu Tausenden dahin, denn sie besaßen keine Abwehrkräfte gegen die fremden Krankheiten. Bald war ihr Widerstand gebrochen. Doch auch die europäischen Eroberer wurden von Malaria und anderen tropischen Krankheiten dezimiert.

1836 gelang es britischen Kolonialtruppen, eine Siedlung – Port Blair – auf Süd-Andaman zu errichten. Die Inselgruppe, mehr als tausend Kilometer vom indischen Festland entfernt, erschien den Briten bestens geeignet, Schwerverbrecher und indische Freiheitskämpfer zu verwahren. Um die Jahrhundertwende entstand ein riesiges Gefängnis nahe Port Blair. Die wenigen unabhängigen Berichte, die von hier nach Neu- Delhi oder London gelangten, sprachen von unmenschlichen Haftbedingungen. Die Gefangenen nannten diesen Ort „Kala Pani" – schwarzes Wasser. Zu Ehren der hier gefangenen und gefolterten Freiheitskämpfer widmete die indische Regierung das Gefängnis zum Nationaldenkmal um.

Heute wird die Inselgruppe direkt durch die Zentralregierung in Neu-Delhi verwaltet. Sie setzt die britische Kolonialpolitik nahezu unverändert fort. In der fernen Hauptstadt schmiedet man Entwicklungspläne für Straßenbau und Holzproduktion, für Freihandelszonen und Urlaubsparadiese. In den fünfziger und siebziger Jahren verfrachtete man Tausende von Flüchtlingen aus Ost-Bengalen, dem heutigen Bangladesch, auf die Inseln. Heute locken Subventionen und großzügige Sozialleistungen verarmte Bauern vom Festland an. Zwei Drittel der tropischen Regenwälder wurden bereits vernichtet.

© hörig

Touristenparadies: *Noch gibt es unberührte Strände*

Integration wider Willen

Die Verwaltung der Inseln versucht mit Wohlfahrtsprogrammen, die Waldnomaden in den so genannten Hauptstrom der Gesellschaft zu integrieren. Doch viele bezweifeln den Sinn einer solchen Politik: „Welche Position würden wir ihnen denn zuweisen?" fragt etwa der Jarawa-Experte Samir Acharya. „Ich glaube nicht, dass ein Jarawa bereit wäre, sich auf ein Leben als Lohnarbeiter einzustellen. Man sollte sie leben lassen wie zuvor."

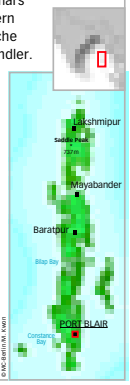
Samir Acharya gründete vor 15 Jahren die „Society for Andaman and Nicobar Ecology". Die Bürgerinitiative verhandelt mit Behörden und Politikern, initiiert ökologische Studien, ruft die Gerichte an, um die empfindliche Inselwelt und ihre Bewohner zu schützen. Die größte Gefahr für die Jarawa gehe von der Verbindungsstraße aus, meint Samir Acharya: „Die Jarawas kommen zur Straße, weil es die Straße gibt! Sie haben einen bequemen Weg gefunden, an bestimmte Dinge heranzukommen. Aber das ist nicht ohne Gefahren – Krankheiten zum Beispiel, gegen die sie keine Abwehrkräfte haben. Vor drei Jahren erkrankten fast alle Jarawas an Masern. Glücklicherweise konnten sie durch die rasche Intervention eines Arztes gerettet werden. Ich hoffe nur, dass sie sich keine Hepatitis-B oder AIDS einfangen, das wäre ihr sicheres Ende. Je eher die Straße geschlossen wird, desto besser stehen die Chancen für ihr Überleben."

Samir Acharya und seine Kolleginnen riefen das höchste Gericht des Landes an, um den Raubbau an den Wäldern zu stoppen. Mit Erfolg: Seit Oktober 2001 darf auf den Andamanen und Nikobaren kein Baum gefällt, kein Stamm zum Sägewerk transportiert, kein Streichholz exportiert werden. Die Richter verfügten auch eine Schließung der Verbindungsstraße, zumindest in jenen Abschnitten, die das Reservat der Jarawa berühren. Doch die Verwaltung erhob Einspruch. Die Inselgruppe könne ohne die Straße wirtschaftlich nicht überleben. Das Oberste Gericht wird sich weiter mit dem „Fall Andamanen" beschäftigen.

Rainer Hörig arbeitet als Journalist in Pune/Indien.

Andamanen-Inseln

Die rund 200 Andamanen-Inseln und 50 Nikobaren bilden die Gipfel einer maritimen Gebirgskette, die sich entlang der Küste Myanmars erstreckt. Zu den frühen Besuchern zählten Schiffbrüchige, malaysische Piraten und arabische Sklavenhändler. Nur wenige kehrten zurück. So erlangten die Inseln den Ruf eines verwunschenen Fleckchens Erde. Die Inselgruppe wurde von keiner Armee erobert, von keinem König regiert, blieb ein weißer Fleck auf der Landkarte, bis im 19. Jahrhundert die Briten einen Stützpunkt einrichteten. Nach Abzug der Kolonialtruppen fiel die Inselgruppe 1947 an Indien. Seither wird sie wie eine Kolonie verwaltet.



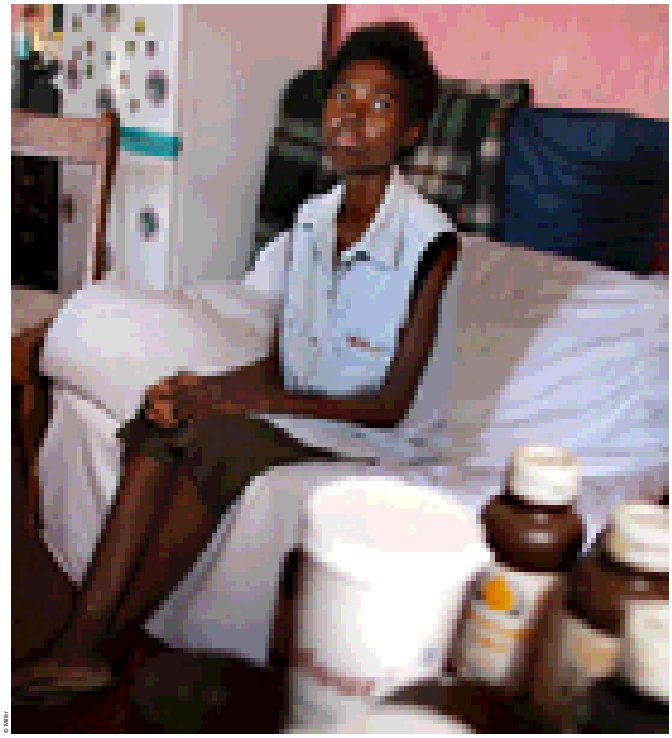
© IVC (Berlin/M. Krüger)

Weitere Infos unter www.regenwald.org und www.rainerhoerig.com

Partner und Projekte

Der Tod gehört zum Alltag

Armut und Aids im südlichen Afrika / Von Ralf Schuler



© WBW

Eine von vielen: *Für Ntombenhle gibt es wohl keine Rettung mehr. Aids wütet in Südafrika besonders unter den armen Menschen.*

Sanfte Hügel dehnen sich bis zum dunstigen Horizont. Windböen vom Meer kämmen das Steppengras und schütteln die Ibisse in den knorrigen Hangbäumen. Doch Ntombenhle nimmt kaum Notiz von dem sonnigen Paradies vor ihrer Hütte.

Wenn sie auf dem weißen Laken auf ihrem Sofa sitzt, drückt sie kaum Falten hinein. Bei der Begrüßung hebt sie mit der Linken den rechten Ellenbogen etwas an, um die Hand geben zu können. Ntombenhle Kumalo hat Aids. 29 ist sie jetzt und abgemagert bis auf die Knochen. Die großen dunklen Augen scheinen die Welt noch matt hereinzulassen. Nach außen strahlen können sie längst nicht mehr. Vor zwei Jahren hat sie sich mit HIV infiziert, jetzt wütet eine schwere Lungenentzündung in ihrer Brust und zehrt die junge Frau von Tag zu Tag mehr aus.

Wirklich aufhalten lässt sich der Verfall ihres Körpers nicht – die hochentwickelten Medikamenten-Cocktails, mit denen man in den reichen Ländern inzwischen das Leben trotz Aids um Jahre verlängert, sind viel zu teuer für die Armen in Südafrika. Und das jüngst von der Regierung beschlossene Anti-Aids-Programm kommt für Ntombenhle zu spät.

Sally und Prinzess, die beiden Betreuerinnen vom Hillcrest Center im nahen Durban, haben Medikamente mitgebracht, die den Schleim in der Lunge lösen sollen. Auch Vitamine, und einmal in der Woche bekommt Ntombenhle ein Lebensmittelpaket, weil die beste Medizin versagt, wenn der Körper von Hunger und Elend geschwächt ist. Von der Welthungerhilfe wird Hillcrest finanziell unterstützt.

Über Aids spricht man nicht

Ntombenhle hat Glück im Unglück. Ihre Mutter, mit der sie sich die Zwanzig-Quadratmeter-Hütte teilt, hat sie nicht verstoßen, wie es oft vorkommt in den Schwarzen-Siedlungen vor den großen Städten. Sieben Geschwister sind sie gewesen, ein Bruder und eine Schwester sind im vergangenen Jahr gestorben. Woran? Der Schatten auf dem weißen Laken zuckt mit den Schultern. Sie weiß, dass es Aids war, und gibt es doch nur mit einem stummen Nicken zu.

Im Sommer ist ihr Mann gestorben, das acht Monate alte Baby vor drei Wochen. Wie rasend grassiert die Seuche in Südafrika. Rund zwanzig Prozent der Bevölkerung sind mit HIV infiziert oder haben Aids im Endstadium. Rund fünf Millionen Südafrikaner tragen das Virus bereits in sich. Aids zieht ganze Familien in Armut, Siechtum und Tod hinunter. Für die Familien ist es eine Katastrophe, ihre Ernährer zu verlieren.

Jeder Fünfte ist infiziert

Ntombenhles Mutter immerhin hat noch Arbeit und schafft als Haushaltshilfe in Durban einige hundert Rand heran – zwischen sechzig und achtzig Euro im Monat. Strom haben sie auch in der winzigen Hütte, weil just über ihrem Dach eine Überlandleitung entlangführt. Da haben die Elektrizitätsleute einfach ein Kabel für sie abgezweigt. Mit einer Gas-Kochstelle und einem Kühlschrank gehört der kleine Haushalt zu den wohlhabenderen der Gegend. Nur Wasser muss man von weither in einem Kanister heranschleppen.

Wenn sie es wollen, hat Betreuerin Prinzess erzählt, beten sie auch mit Kranken. Aber sie seien nicht als Missionare unterwegs. Fragen sie sich nicht manchmal, warum Gott ausgerechnet den Armen auch noch diese verheerende Seuche gebracht hat? „Das weiß nur der Herr allein", sagt sie dann in ihrem hüpfenden Zulu-Englisch und geht wieder zu Ntombenhle hinein. Manchmal müssen die großen Fragen zurückstehen hinter der kleinen Hilfe, die gerade jetzt nötig ist.

Ralf Schuler ist Redakteur bei der Märkischen Allgemeinen Zeitung in Potsdam.

Lernen macht Spaß am Rande der Wüste

Im Norden Malis entstehen Schulen für die Kinder der Nomaden / Von Bettina Köhl

Konzentriert malen die Kinder Buchstaben auf verkratzte Schiefertafeln. Sie sitzen auf uralten Schulbänken, ein geflochtenes Dach schützt vor der Sonne. Es ist nicht einfach, im Norden Malis, am Rande der Wüste, eine Schule zu gründen. Welcher Lehrer will schon am Ende der Welt arbeiten, fernab der Teerstraße, ohne Strom, Stunden vom nächsten Arzt entfernt?

Abubakrine Ag Hamana setzt sich mit seiner ganzen Energie für die Schule in Karal ein. Bisher mit Erfolg. Die Eltern – zumeist Nomaden – beteiligen sich an der Anschaffung von Heften, Büchern und Stiften. Sie schicken ihre Kinder allerdings nur zur Schule, solange das Vieh hier genug Gras findet. Und die Kinder? Wer sie beobachtet, merkt, dass Bildungshunger kein abstrakter Begriff ist. Schon die Kleinsten begleiten ihre großen Geschwister in die Schule und verfolgen mit glänzenden Augen die französischen Sprachübungen und Lieder. Aber was wird, wenn der Regen ausbleibt und die Familien weiterziehen? Was wird aus begabten Kindern, die eine weiterführende Schule besuchen möchten? Und: Kehren sie später in ihre Heimat am Rande der Wüste zurück?

Schulen wandern nicht

Abubakrine hat studiert, auch in England, und arbeitet jetzt für die Deutsche Welthungerhilfe. „Das aktuelle Bildungssystem passt nicht zu den Nomaden. Sie müssen mobil bleiben. Denn nur so können sie ihre Seele behalten", meint er. Klimaveränderungen erschweren das Leben der Viehzüchter. „Früher konnten sie länger an einem Ort bleiben. Jetzt ist es trockener", berichtet Mohamed Aly Ag Hamana, der ältere Bruder von Abubakrine. Seiner Meinung nach hat das nomadische Leben Zukunft, weil es Respekt vor der Natur zeigt und die Ressourcen schont. Er schlägt vor, in verschiedenen Dörfern eine Basisinfrastruktur mit Schule und medizinischer Ambulanz zu schaffen, in deren Umkreis die Menschen dann umherziehen. Doch er sieht ein Problem: „Viele einflussreiche, höher gestellte Familien wollen ihre Kinder nicht in die Schulen geben." Arme Eltern schicken ihre Kinder dagegen gern zum Unterricht, wegen der Schulkantinen.

Es gibt schon etliche Schulen im Norden Malis. Nicht nur selbst gebaute Lehmhütten wie in Karal, sondern auch massive Gebäude aus Beton und Stein, errichtet mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

© KÖH

Wenn die Fotografin nicht wäre, *würden sie gebannt dem Lehrer folgen. Die Nomadenkinder von Karal lernen mit Begeisterung.*

Manche wirken wie Fremdkörper, stehen am Dorfrand, abseits der Hütten und Zelte. Andere, wie die Schule in Raz El Mâ, bilden das Dorfzentrum. Aber auch hier hat der Wind die Fundamente freigelegt und hohe Dünen aufgeworfen. Als ob sich die Natur gegen steinerne Fixpunkte stemmt.

Oft fehlen Lehrer

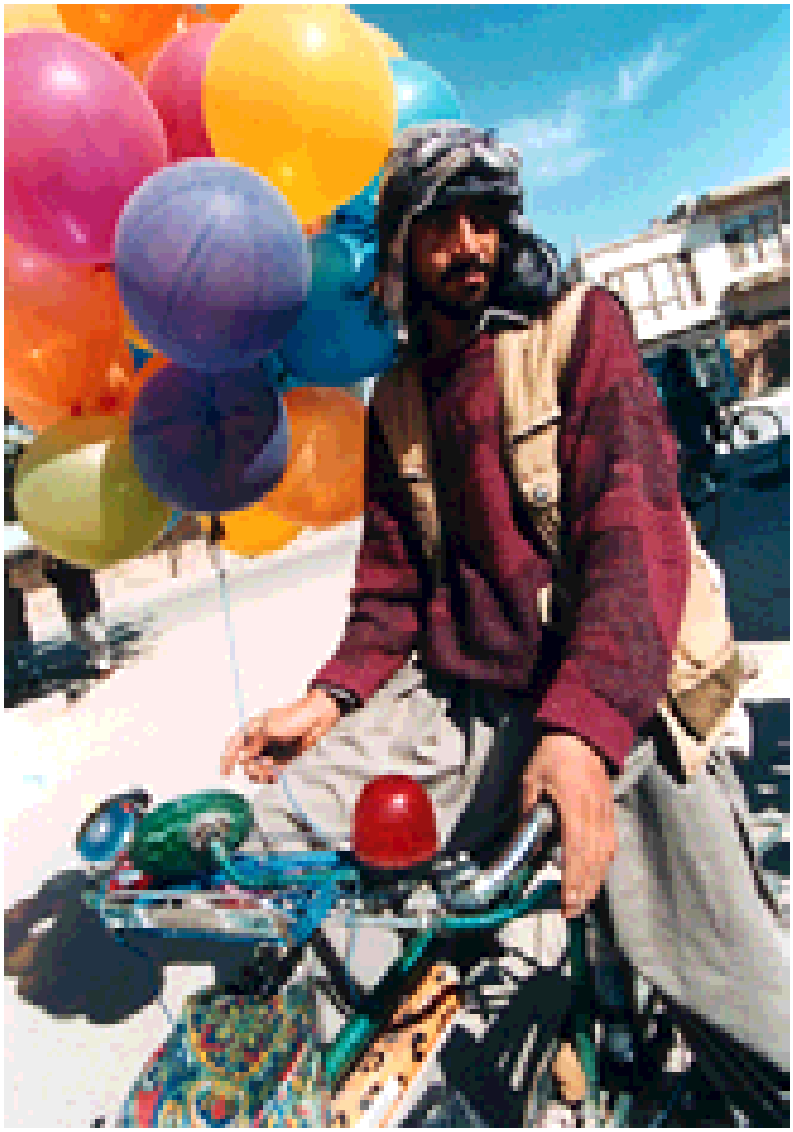
Zurzeit ist es nicht realistisch, dass die Nomadenkinder zwischen verschiedenen Schulen hin- und herwechseln. Es gibt keinen einheitlichen Lehrplan. Anders als in Karal wachsen die Kinder in Raz El Mâ zweisprachig auf. Sie sollen zuerst Tamaschek, die Sprache der Tuareg lernen, bevor sie Französisch sprechen. Der Unterricht hier ist modern, es gibt Bücher, die das Leben der Nomaden widerspiegeln, vor allem gut ausgebildete Lehrer. In Araténe hingegen wird nur alle zwei Jahre eine neue Klasse eingeschult, weil Lehrer fehlen. Nomadentum und Bildung schließen sich nicht aus. Aber der bisherige Lebensstil zwingt die Menschen, sich im Zweifel für das Wohl die Herden zu entscheiden. Es fällt schwer, sich vorzustellen, wie der Zukunft der Grundschüler aussieht, die heute so eifrig schreiben und rechnen lernen.

Bettina Köhl arbeitet als Redakteurin beim Generalanzeiger in Bonn.

Fotoreportage

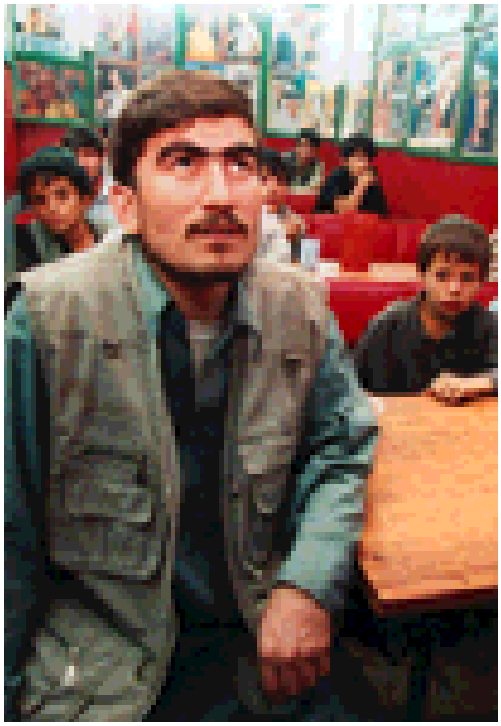
Was Schwarzenegger geschafft hat, ist auch einem Afghanen möglich!
Solange der Bizeps wächst, stehen alle Wege offen. So der Traum vieler Männer im Land am Hindukusch, das in über 20 Jahren Krieg fast dem Erdboden gleich gemacht wurde. Wen wundert es, dass Träume Hochkonjunktur haben? Am einfachsten lassen sie sich immer noch mit der Waffe verwirklichen. Man kann ja schon mal üben. Bewunderer findet man immer.

Die Nachkriegswelt ist größer und bunter geworden. Vor allem für den männlichen Teil der Bevölkerung. Viele sitzen abends gebannt vor den Fernsehschirmen kleiner Restaurants. Indische Action-Romanzen sind der Hit, besonders unter dem Motto „singende Dame liebt eleganten Revolverhelden". Oft reicht auch schon viel weniger: beispielsweise bunte Luftballons. Denn unter den Taliban war alles verboten, was Spaß macht.



Nachkriegsträume

Alltag in Afghanistan



© Kropke/agenda

Land und Leute

Essen auf Karte statt hungern

„Fome Zero" mobilisiert die Menschen gegen den Hunger
Von Jutta Bangel

Die Nahrung kommt schon lange nicht mehr von den Feldern, sondern aus der zehn Kilometer entfernten Kreisstadt. „Hier gibt es so wenig Wasser, dass wir nicht einmal Mais und Bohnen anpflanzen können", klagt die hagere Frau. Sie zeigt auf die Regenwasserzisterne neben dem Haus: ausgetrocknet.

Maria de Lima und ihre Familie gehören zu den Ärmsten im Landkreis Riacho das Almas im brasilianischen Bundesstaat Pernambuco. Von 15 Kindern, die Dona Maria geboren hat, überlebten neun. Nur ihre drei Töchter und ihre Enkel wohnen noch bei ihr, in der baumlosen, trockenen Einöde des nordöstlichen Sertão. Dona Marias Söhne und Schwiegersöhne sind schon vor Jahren in die Städte gezogen, auf der Suche nach Arbeit. Sie schicken gelegentlich Geld, aber das reicht längst nicht, um den 13-Personen-Haushalt zu ernähren.

Männer bekommen keine Karte

„Wenn wir nichts mehr zu essen haben, gehen wir in die Stadt betteln. Seit wir jeden Monat Geld von der Regierung bekommen, können wir wenigstens das Notwendigste zum Leben kaufen", erzählt Marias Tochter Silene und zeigt eine gelb-grüne Scheckkarte vor. „Cartão de Cidadão" – Bürgerkarte – steht darauf, darunter ihr Name und das Emblem der Kampagne „Fome Zero" – Null Hunger. „Nur wir Frauen bekommen diese Karten, weil die Männer das Geld doch nur versaufen würden." Auch Silenes Schwester Veronika ist stolz auf das Kärtchen, das ihr Lebensmittel im Wert von umgerechnet 30 Euro beschert und sie zudem als vollwertige Bürgerin ausweist.

Anfang 2003 startete der neue Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ein Regierungsprogramm für die rund 46 Millionen Brasilianer, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Dazu gehören Nothilfen wie die Lebensmittelkarten, aber auch Strukturreformen: wie die seit Jahrzehnten überfällige Agrarreform, landwirtschaftliche Beratung für Kleinbauern, Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Kleinkrediten sowie Alphabetisierungskurse.

Überall bilden die Menschen „Null-Hunger"-Komitees und bündeln Zigtausende von Initiativen und Hilfsangeboten. Ob Supermärkte Lebensmittel stiften, Restaurantbesitzer in Volksimbissen Mittagessen für umgerechnet 30 Cent anbieten, die brasilianische Caritas Zisternen baut oder das kirchliche Pastoralwerk für Gesundheit untergewichtige Kinder aufpäppelt – alle Initiativen, egal ob alt oder neu, bekommen den Stempel „Fome Zero" aufgedrückt.

„Nur wir Frauen bekommen diese Karten, weil die Männer das Geld doch nur versaufen würden."

Reformen stehen noch aus

Die starke Bürgerbeteiligung ist bislang der größte Erfolg des Programms. Die Umsetzung der Strukturmaßnahmen dagegen lässt auf sich warten, was bereits heftig kritisiert wird. João Amorim von ASA, einem Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, das die Kleinbauern im dürregeplagten Nordosten unterstützt, bringt die Kritik auf den Punkt: „Wenn die Aktion mit den Lebensmittelkarten in einem Jahr ausläuft, stehen die Armen genauso da wie vorher."

Denn bei der wichtigen Landreform machte auch die Regierung Lula bislang eher Negativschlagzeilen, und für die meisten anderen Strukturmaßnahmen fehlen Geld und innenpolitischer Spielraum. Eines hat Lulas Feldzug gegen den Hunger aber geschafft: Das Elend in Brasilien wird nicht mehr offiziell ignoriert. Ein wichtiger Fortschritt in einem Schwellenland, das lieber in neue technologische Errungenschaften investiert, als dem alten Übel Hunger ernsthaft zu Leibe zu rücken.

Jutta Bangel ist Journalistin in Berlin.

© Bangel

Noch ein Jahr lang gibt es Lebensmittel auf Karte: *Maria de Limas Tochter Silene zeigt ihre Bürgerkarte des Null-Hunger-Programms.*

Lula soll's richten

Im armen Nordosten Brasiliens gilt der Präsident als Held – viel verändert hat er nicht / Von Christoph Plate

Cicero Antonio de Mello fegt die Straße. Aus der Stadtverwaltung von Caetés kommt das Geklapper von Schreibmaschinen. Ein Tankwagen bringt frisches Wasser. Seit sieben Jahren hat es nicht richtig geregnet. Der Straßenfeger Antonio mit dem breitkrempigen Hut ist sicher, dass Luiz Inácio Lula da Silva ein guter Präsident ist.

© Plate

Für Menschen wie Cicero Antonio de Mello *ist Lula immer noch die große Hoffnung.*

Seit sechs Jahren fegt der 41-Jährige die Straßen der kleinen Stadt im Bundesstaat Pernambuco. Dafür bekommt er 200 Reais im Monat, 70 Euro. Er ist glücklich, dass er überhaupt eine Arbeit hat, sagt der dreifache Vater. „Seit Lula dran ist, wird aufgeräumt", glaubt er. Was sich geändert hat? Auf dem Mittelstreifen der Avenida Luiz Perreira Junior wurden die Gehwege gepflastert. Schmiedeeiserne Bänke sind aufgestellt worden und nachts strahlen helle Leuchten den Rasen und die Ficus-Büsche an.

Störender Filz macht sich breit

In der Stadtverwaltung, vor der Antonio fegt, herrscht die Arbeiterpartei, Partido dos Trabalhadores. Der Bürgermeister ist ein alter Freund des Präsidenten. Alle sind stolz, dass einer der ihren es so weit gebracht hat und sich jetzt der Armen im Nordosten annimmt. Lula verließ als Sechsjähriger mit seiner Mutter die ärmliche Heimat, zog nach São Paulo, wurde Facharbeiter und Gewerkschafter. Als er vor gut einem Jahr die Wahlen gewonnen hatte, kam er zurück nach Caetés. Damals drängelten sich 30 000 Menschen an der Avenida Luiz Perreira Junior, um den kleinen bärtigen Mann zu sehen. Der Präsident der kleinen Leute versprach, am Ende seiner Amtszeit solle jeder Brasilianer dreimal am Tag eine Mahlzeit haben.

Auch in Caetés erhalten arme Familien Zuschüsse aus dem Programm „Fome Zero" – Null Hunger. Am meisten scheinen sich über die mit viel Propaganda begleiteten Programme die Lebensmittelhändler der Stadt zu freuen. Seit Beginn von Fome Zero mache er 25 Prozent mehr Umsatz, berichtet Jose Antonio Filho. In seinem Mercadinho Padre Cicero gehen vor allem Fleisch, Speiseöl, Reis und Nudeln.

Viele Männer finden nur Arbeit als Tagelöhner. Auf der herb-schönen Hochebene wird ein wenig Viehwirtschaft betrieben. Für einen Tag auf dem Acker gibt es 1,50 Euro, wer einen Lastwagen mit Sand belädt, erhält einen knappen Euro. Mehr als 2000 Familien bekommen einen staatlichen Zuschuss von 50 Reais im Monat, 17 Euro.

Auf die Vertreter der Arbeiterpartei in der Stadtverwaltung sind einige nicht gut zu sprechen. Von Vetternwirtschaft ist die Rede: Der Bürgermeister sei nur selten in der Stadt, sagt eine Mitarbeiterin der katholischen Kirche. Stellvertreter ist sein Sohn. Sein Bruder ist Stadtverordneter und die Ehefrau hat ebenfalls eine Stelle in der Verwaltung. Die Partei-Vertreter benannten das neue Gesundheitszentrum nach Dona Lidu – der verstorbenen Mutter des Staatschefs.

Kein böses Wort über Lula

Lula ist schon über ein Jahr an der Macht, und in Caetés hat sich nicht viel verändert. Trotzdem würde kaum jemand etwas Böses über den Präsidenten sagen. Es scheint, dass alles so ist, wie es seit Generationen war. Die einen haben Land, die meisten haben keines. Maniok wird angebaut, weil der gut ist gegen den Hunger. Auf sandigen Plätzen spielen Jungen Fußball. In den Gassen, die von der Avenida Luiz Perreira Junior abgehen, stehen Kinder herum, während der Wind über die Hochebene pfeift. Viele junge Leute wollen so schnell wie möglich weg von hier, in die Industriemetropole São Paulo. So wie Lula. Der ging schon vor mehr als 50 Jahren.

Christoph Plate ist Auslandsredakteur der Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag.

„Ich wollte nie wieder wie ein Stück Dreck behandelt werden“

Eine „Befreiungstigerin“ in Sri Lanka sucht neue Lebensperspektiven / Von Iris Schöninger

„Meine Träume sind auf dem Friedhof begraben.“ Allais Stimme klingt müde. 29 Jahre alt ist die Tamilin. Das Leben könnte noch vor ihr liegen. Doch der früheren Kämpferin erscheint der Alltag im brüchigen Frieden noch schwieriger als im 20-jährigen Bürgerkrieg auf der Tropeninsel Sri Lanka.

Vor 13 Jahren schloss sich Allai den „Befreiungstigern von Tamil Eelam“ (LTTE) an. Sie hatte keine andere Wahl. Zumindest nicht aus ihrer Sicht. Nur so konnte sie sich gegen die brutalen Übergriffe der Armee wehren, die die tamilische Minderheit im eigenen Land bekämpfte. „In meine Heimatstadt Jaffna kam der Krieg von oben“, erinnert sie sich. Einmal schlug eine Granate neben ihr auf der Straße ein. Und zerfetzte eine schwangere Frau.

Viele Verwandte flohen gleich zu Beginn der blutigen Auseinandersetzungen ins Ausland. Doch ihre Familie hatte dafür kein Geld. So wurden sie Flüchtlinge im eigenen Land: zwölfmal vertrieben. Immer ohne Heimat, ohne Geld. Vor allem ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Jener Tag veränderte alles

An einem Frühlingsmorgen vor 14 Jahren verliert Allai ihre Daseinsberechtigung als ehrbare Frau. Je länger sie darüber nachdenkt, desto härter wird der Blick ihrer dunklen Augen. „Ich war mit meiner Freundin unterwegs zur Schule.“ Seit längerem schon der reinste Spießrutenlauf, denn immer wieder werden Mädchen von Regierungssoldaten belästigt und bedroht. Meist geht deshalb einer ihrer drei Brüder mit. Doch an diesem Tag hat keiner Zeit. An einer Straßenecke ist der Schulweg zu Ende: Männer in Uniform zerren die Mädchen in ein leeres Haus. Ausgerechnet indische „Friedenssoldaten“, in die Allai so große Hoffnungen gesetzt hat. „Hätte ich das meinen Eltern erzählt, dann hätten sie sie sofort umgebracht.“

Wenige Tage später trifft sie einen folgenschweren Entschluss. „Ich bin Mitglied der ‚Befreiungstiger von Tamil Eelam‘ (LTTE) geworden.“ Schon seit längerer Zeit hatte sie heimlich Kontakte zur tamilischen Untergrundorganisation, wollte nicht länger nur Opfer sein. Ihre Familie hat sie seitdem nie wiedergesehen. Zu deren Schutz, denn Repressalien bis hin zu Folter sind nichts Ungewöhnliches.

Mit ihrem Eintritt in die LTTE erhielt die junge Frau eine neue Identität. Inzwischen hat sie sich längst an den Namen Allai gewöhnt. Auch daran, dass Befehle ihrer Organisation grundsätzlich zu befolgen sind. Deshalb lebt sie seit einem Jahr in Vavuniya. In einer Kleinstadt nahe der Demarkationslinie. Das Territorium jenseits der Grenze kontrolliert die LTTE, im Süden Sri Lankas herrschen die Regierungstruppen.

Als die Konfliktparteien im Februar 2002 nach 20 Jahren Bürgerkrieg, vermittelt durch die norwegische Regierung, einen vorläufigen Waffenstillstand schlossen, mussten sich die Befreiungstiger neu orientieren. Die Separatistenorganisation erhielt die Erlaubnis, auch im Regierungsgebiet Büros zu eröffnen: zur Vorbereitung auf die geplante Übernahme der Verwaltung in einem ungeteilten Sri Lanka. Allai hat die Kampfuniform gegen zivile Kleidung getauscht. Sie ist jetzt politische Repräsentantin für Frauenpolitik im Distrikt Vavuniya. Stolz präsentiert sie sich in schwarzer Pluderhose und langem weißem Hemd, das sie mit einem breiten schwarzen Gürtel akkurat in der Taille zusammengerafft hat – der asiatische Kampfsport lässt grüßen. Schwingt sie sich damit auf ihr Motorrad und besucht Frauengruppen in den umliegenden Dörfern, verstößt sie gegen alle Konventionen innerhalb ihrer Gesellschaft. Als tamilische Frau müsste sie eigentlich einen Sari tragen und längst verheiratet sein.

Für Allai sind die Befreiungstiger Heimat und Familie. Bedingungsloser Gehorsam gegenüber dem Rebellenführer Vellupilai Prabharakan ist für sie selbstverständlich. Aus ihrem Leben als Kämpferin schöpft sie Kraft und Selbstbewusstsein: „Je länger ich trainierte, desto mehr spürte ich, dass ich alles erreichen kann. Ich wollte nie wieder wie ein Stück Dreck behandelt werden.“

Velupillai Prabharakann, der öffentlichkeitsscheue LTTE-Führer, verdankt die Stärke seiner Separatistenorganisation auch Selbstmordattentätern und -attentäterinnen, von denen einige bereits als Kinder zwangsrekrutiert wurden.

Den Samen der Zwietracht in Sri Lanka legte die britische Kolonialmacht nach der Devise „teile und herrsche“. Sie bevorzugte gezielt die tamilische Minderheit. Nach der Unabhängigkeit 1948 rächte sich die mit 74 Prozent größte Bevölkerungsgruppe der Singhalesen und diskriminierte die Tamilen im gesamten öffentlichen Leben.

© Hoffmann

Befreiungstigerin Allai *ist auf dem Weg in die Politik, als Frauenbeauftragte in ihrem Distrikt.*

Wurzeln in der Kolonialgeschichte

Heute liegt der Norden Sri Lankas in Schutt und Asche. 65 000 Menschen sind dem Konflikt zum Opfer gefallen, 1,6 Millionen wurden aus ihren Häusern vertrieben. Die Demarkationslinie hinter Vavuniya teilt die Tropeninsel nach wie vor in zwei Teile. Punkt halb acht öffnen die Schlagbäume für zwölf Stunden, danach ist das von den Befreiungstigern kontrollierte Gebiet – im Regierungsjargon „uncleared area“ – wieder hinter dem eisernen Vorhang verschwunden. Erinnerungen an die deutsch-deutsche Grenze werden wach: Minutiös werden alle Lastwagen auseinandergenommen, Waren hin- und hergeschleppt. Busse dürfen nur bis zum Checkpoint der Regierung fahren, dann schiebt sich ein buntgekleideter Strom von Menschen bis zum 200 Meter entfernten Kontrollpunkt der nicht weniger pingeligen Befreiungstiger.

Frieden ist noch brüchig

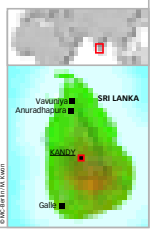
„Frieden gibt es für mich erst, wenn diese Grenze fällt“, erklärt Allai. So verhasst ihr diese Demarkationslinie ist, so wenig kann sie sich vorstellen, wie die Welt außerhalb ihres Landes aussieht. Das könnte sich ändern, wenn der Frieden hält. Doch nach wie vor sind sich die früheren Konfliktgegner nicht einig über die Machtverteilung in einem Nachkriegs-Sri Lanka. Verschlechtert hat sich Situation, seitdem Präsidentin Kumaratunga angesichts des stockenden Friedensprozesses kurzerhand das Parlament aufgelöst und für den 2. April Neuwahlen angesetzt hat. Verlierer könnte vor allem ihr schärfster politischer Gegner, Premier Wickremasinghe, sein, der maßgeblich am Zustandekommen des Waffenstillstands beteiligt war.

Was aus ihr werden soll, weiß Allai nicht. Sie wolle sich bei den Befreiungstigern vor allem für Flüchtlingsfrauen engagieren. „Noch immer haben sie Angst vor Vergewaltigungen und zunehmend vor gewalttätigen Ehemännern. Vor allem haben sie keine Rechte und kein Geld.“ Sie selbst habe unterschätzt, wie schwierig der Frieden sein könne. Denn jetzt erst würden die schrecklichen Bilder aus der Vergangenheit aufsteigen.

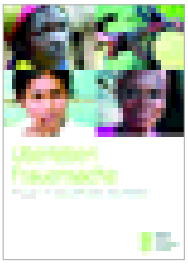
Dr. Iris Schöninger ist Mitarbeiterin der Welthungerhilfe in Bonn.

Sri Lanka

Auf der Tropeninsel leben 19 Millionen Menschen, 74 Prozent von ihnen sind – überwiegend buddhistische – Singhalesen, knapp 20 Prozent – meist Hindhus – gehören der Volksgruppe der Tamilen an. Die ethnischen Spannungen zwischen diesen Gruppen wurden nach der Unabhängigkeit 1948 maßgeblich verschärft durch den „Singhalese Only Act“. Zu ersten Progromen gegen Tamilen kam es 1983 in der Hauptstadt Colombo. Sie waren Auslöser für den Bürgerkrieg, der am 22. Februar 2002 mit einem vorläufigen Waffenstillstandsabkommen beendet wurde. Von 1987 bis 1990 befanden sich auf Druck des Nachbarlands indische „Friedenstruppen“ auf der Insel, die schließlich infolge des tiefen Misstrauens beider Konfliktparteien wieder abgezogen werden mussten.



© WC-Grafik Kehn



Unter dem Motto „Überleben: Frauensache“ stellt die Welthungerhilfe den Alltag von Frauen im Krieg – ob Gewaltopfer, Überlebenskämpferinnen oder Friedensaktivistinnen – in den Jahren 2003 und 2004 in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit.

Weitere Infos unter www.welthungerhilfe.de

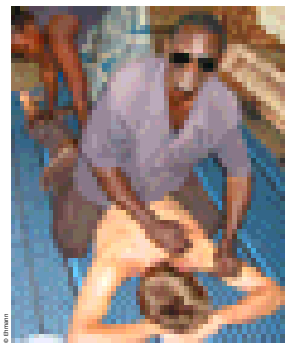
„Überleben: Frauensache“ – die Broschüre zum Thema ist erhältlich unter Telefon 0228-22 88 127 oder info@welthungerhilfe.de

Nahaufnahme

„James Brown“ und die Sandmänner

Zwei Beispiele, wie man in Mali mit Flexibilität und Einsatz seinen Lebensunterhalt verdienen kann / Von Werner Dickoré und Thorsten Ehmann

Ségou ist eine Handelsstadt am Ufer des Niger im westafrikanischen Staat Mali. Brüchige Fassaden großer Verwaltungsgebäude und Lagerhallen zeugen von vergangenen Zeiten französischer Kolonialherrschaft. Zwischen traditionellem Markttreiben und modernem Warenumschlag suchen Menschen hier nach „ökonomischen Nischen“ für den Geldverdienst. So entstanden außergewöhnliche Berufe, die es so nur hier gibt.



© thmann

Hier massiert James Brown persönlich. *Die Sonnenbrille gehört dazu, wenn Mamadou Yattara virtuos die Muskeln knetet.*

Mamadou Yattara, besser bekannt unter dem Namen „James“, muss so um die 50 sein, ganz genau weiß er das nicht. „James“ klingt zwar irgendwie nach Dienstleistung, aber der Auftrag, den der quirlige Mann erfüllt, ist schon etwas Besonderes: Er ist Masseur aus Berufung und immer da, wohin ihn seine Kundschaft bestellt. So ist es nichts Besonderes, wenn James auf seiner Tour durch Ségou in die Kneipe oder ins Restaurant gerufen wird. Während der Kunde noch genüsslich die letzten Hühnerknochen abnagt, beginnt bereits die wohltuende Rückenmassage.

James wurde in Timbuktu am Rande der Wüste geboren. Seine Familie gehört zum Volk der Bella, den ehemaligen Sklaven der Tuareg. Als Kind hütete er die Schafe und Ziegen seiner Familie. Abends massierte er dann seinen Vater, „bis er einschlief“. Erst viel später lernte er bei einem chinesischen Freund asiatische Massagetechniken kennen.

Nase rubbeln, Ohren zupfen

Den Spitznamen James bekam er, weil er in seiner Jugend bei Festen leidenschaftlich zur Musik des im frankophonen Westafrika kaum bekannten US-Musikers James Brown tanzte. Auch wenn Mamadou später keine Karriere im Musik- und Showgeschäft hinlegte – Kunst ist das von ihm selbst kreierte Massageprogramm allemal. Kommt ein Kunde zur Behandlung zu ihm nach Hause, führt der Weg über wackelige Treppen und brüchige Dächer in einen schummrigen Raum. Nach einem Fußbad startet das halbstündige Massageprogramm auf einer Bastmatte in der Mitte des Zimmers. Ist der Kunde in guter Verfassung, wird erbarmungslos geknetet, gebogen, gestreckt. Dabei bleibt kaum eine Körperpartie verschont. Nase rubbeln, Ohren zupfen, Stretching in bisher nicht bekannten Varianten – diese für den sensiblen Betrachter respekteinflößende Behandlung fordert immense Kräfte. Und so rinnt der Schweiß bei allen Beteiligten.

Bei aller Berufung hat Mamadou seinen Unternehmungen betriebswirtschaftliches Kalkül zugrunde gelegt: Hauptberuflich arbeitet er als „Laufbursche“ im Büro einer Versicherung. Umgerechnet kaum 15 Euro pro Monat bringt das, dazu freies Wohnen in einem heruntergekommenen Kolonialgebäude mit Blick auf den Hafen von Ségou. Davon kann er jedoch seine zwei Frauen und acht Kinder nicht ernähren. „Das Geld zum Leben kommt von meinen Massagen“, berichtet James mit glänzenden Augen.

„Nicht jeder kann massieren“, warnt er. „Du musst den Körper und seine Funktionen genau kennen. Jemand kann wohlgenährt und kräftig sein, aber dennoch krank – und wenn der dann stirbt, dann ist das ein Problem. Die Leute werden sagen, dass du es gewesen bist. Schließlich hast du ihn doch vorher massiert.“

Gesundheitscheck ist inklusive

Bevor James Fremde massiert, befühlt er deren Fingerkuppen und kann so feststellen, ob „das Blut in Ordnung ist“. Dann tastet er vorsichtig eine Stelle am Hinterkopf ab, an der er erkennt, ob sein Gegenüber in Bälde sterben wird. Wie das funktioniert, kann oder will er nicht verraten. Fällt der Gesundheitscheck negativ aus, so würde er für kein Honorar der Welt massieren, betont James.

Niemals verlangt der Masseur einen festen Tarif. „Jeder gibt das, was es ihm wert ist“, sagt er schmunzelnd. Die schwierigen Fälle, diejenigen, „die körperlich nicht arbeiten und deshalb verspannt sind“, bestellt James zu sich. Oder er reist für ein paar Tage nach Bamako oder Timbuktu, um vor Ort Wichtige und Wohlhabende zu behandeln. Kreativität, Flexibilität und Engagement – eine afrikanische Mischung, die dem „ambulanten“ Masseur James die Existenz sichert und ihn vielleicht doch noch so berühmt macht wie seinen Namensgeber.

Moustapha Diarra hat keine Massage nötig. Moustapha lebt in der malischen Hauptstadt Bamako und arbeitet als Taucher. Tag für Tag geht er mit seinen Kollegen dem Nigerfluss auf den Grund. Zu viert staken sie früh morgens mit ihrer Piroge, einem der typischen Boote aus Holzplanken, zu den Sandbänke hinaus. Dort greifen sich zwei Mitglieder der Crew jeweils einen stabilen Blecheimer und springen ins trübe Wasser des Nigers, in dem sie bald nicht mehr auszumachen sind.

Die im Trüben fischen

Ohne Taucherbrille und ohne Genaueres zu sehen, schiebt Moustapha dort unten den Flusssand in seinen Eimer. Ist der gefüllt, zieht der Taucher einmal kräftig an der Schnur, der Kollege im Boot zerrt das Behältnis nach oben. Während dessen taucht Moustapha kurz auf, holt in einem tiefen Zug Luft und verschwindet wieder in den braunen Fluten.

„Ein guter Sandtaucher kann bis zu fünf Minuten unter Wasser bleiben“, bekundet er später und übertreibt dabei wohl etwas. Für den Beobachter dauert es bis zu seinem erneuten Auftauchen zwar unendlich lange, aber es ist wohl nicht viel mehr als eine Minute vergangen.

Die Männer an Bord der Piroge sind ein eingespieltes Team, im Minutentakt werden die Sandeimer an Bord gezogen, ausgeleert und versinken wieder im Fluss. Es dauert einige Stunden, bis das Boot soweit gefüllt ist, dass die Reling nur noch wenige Zentimeter aus dem Wasser ragt. Dann beginnt die Rückreise zum Ufer.

Moustapha und seine Kollegen haben einen festen Punkt zum Anlanden. Dort lagern bereits riesige Sand- und Kieshaufen fertig zur Abholung. Auch beim Entladen wird routiniert und fast wortlos kooperiert: Einer schaufelt den nassen Sand auf Tragebretter, die zwei Mann an Land bringen. Hier wird, oft bei glühender Hitze, Schwerstarbeit verrichtet, wovon die kräftigen Oberarme der „Sandmänner“ zeugen.

Täglich ein Lastwagen voll Sand

Bis eine Lastwagenladung am Ufer bereit liegt, dauert es etwa einen Tag. Dafür werden jedoch rund 15 000 CFA-Francs, etwa 23 Euro, bezahlt. Gerecht geteilt ergibt das einen Tagesverdienst von fast 5 Euro pro Person – etwa das Doppelte von dem, was in Mali normale Bauarbeiter bekommen. Und Abzüge gibt es nicht. Die Tätigkeit ist informell. Dafür gibt es aber ordentlich Konkurrenz. Zwar sind die Preise überall gleich und niemand verramscht die Früchte seiner Arbeit. Doch garantiert keiner dem jungen Moustapha und seinen Kollegen, dass sie jeden Tag einen Abnehmer finden. Dann wächst sich die zarte Hügellandschaft der Lagerstätte zu einem sandigen Bergmassiv aus, denn Pausen oder gar freie Tage gönnen sich die Männer nur selten. Schließlich erlebt Malis Hauptstadt Bamako einen Bauboom wie noch nie zuvor. Moustapha und seine Kollegen müssen sich also so bald nicht um Lohn und Brot sorgen. Wie all die anderen „Sandmänner“, die im Umfeld der größeren Städte entlang des Nigers arbeiten.

Werner Dickoré arbeitet als Journalist und Landschaftsplaner in Ségou/Mali, Thorsten Ehmann in Mülheim am Main.

© Fickore

Harte Arbeit, *doch mit Bausand aus dem Niger lässt sich gutes Geld machen.*

Dossier

Reis – Korn des Lebens

In Asien wird Reis, ein zur Gattung „Oryza" gehörendes Gras, seit mehr als 6000 Jahren kultiviert. „Reis" wird in den asiatischen Sprachen gleichgesetzt mit „Leben". Heute wird die Pflanze weltweit angebaut. Sie ernährt mehr als die Hälfte der Menschheit. Die Reiswirtschaft befindet sich im Umbruch: Saatgutkonzerne „wittern gigantische Absatzmärkte, ertragreichere Sorten versprechen enormen Profit. Verschwenderische Anbaumethoden und der Klimawandel machen Veränderungen dringend notwendig.

Grundnahrungsmittel Reis: *Die Pflanze ernährt heute rund die Hälfte der Menschheit. 80 Prozent der Reisernte werden von Kleinbauern geerntet.*

©dpa/Image Agenda

Das „tägliche Brot" wird knapp

Mehr Erträge – aber wie? Kontroversen im Internationalen Reisjahr 2004 / Von Michael Netzhammer

Die Abendsonne hüllt die sattgrünen Terrassen von Tabidiao in warmes Licht. Nur das Glucksen vieler kleiner Bäche ist zu hören. Das Wasser fließt über Stufen, durch unzählige Becken, die philippinische Bauern in den Berg modelliert haben. Die Terrassen von Tabidiao auf der Insel Negros sind ein Meisterwerk menschlicher Baukunst, ein fein austariertes Nebeneinander von Dämmen, Becken und schmalen Wegen. Alles ausgerichtet auf einen einzigen Zweck: den Anbau von Reis.

Reis wird weltweit angepflanzt, ernährt die Hälfte der Menschheit. Neue Anbaumethoden, wissenschaftliche Entdeckungen, klimatische, politische oder ökonomische Veränderungen haben daher Folgen für zahlreiche Menschen und ganze Erdregionen. Anlass für die Vereinten Nationen, 2004 zum „Internationalen Reisjahr" zu erklären. Denn um die wachsende Bevölkerung auch in 20 Jahren versorgen zu können, muss die Reisproduktion von derzeit knapp 600 auf 800 Millionen Tonnen im Jahr 2025 gesteigert werden, meint Nguu Nguyen, Landwirtschaftsexperte der UN-Ernährungsorganisation FAO.

Einzigartige Genbank bei Manila

In Los Banos, zwei Autostunden von der philippinischen Hauptstadt Manila entfernt, forschen 700 Mitarbeiter des „International Rice Research Institute" (IRRI). Auf ihrem 252 Hektar großen Forschungsgelände bewahren die „Reiswächter" einen besonderen Schatz. Erdbebensicher lagern dort 108 000 von insgesamt 130 000 Sorten. Eine einzigartige Genbank, Grundlage für die Optimierung von Reissorten und Anbaumethoden.

Doch das IRRI konzentriert sich zumeist auf Ertragssteigerungen und lässt die ökologischen und sozialen Folgen außer Acht. „Das IRRI hat immer technische Lösungen bei der Armutsbekämpfung ins Feld geführt, um die wichtigeren politischen Fragen nach einer Landreform oder dem Zugang zu Wasser vermeiden zu können", kritisiert Paul Borja von „Southeast Regional Initiatives for Community Empowerment" in Manila. Natürlich können Forscher wichtige Impulse setzen, wenn sie etwa robustere Sorten oder solche mit einem kürzeren Wachstumszyklus züchten. Erstere erlauben, weltweit neue Anbauflächen zu gewinnen, letztere ermöglichen Bauern, mehr zu ernten. Ein Problem drängt besonders: Für ein Kilo Reis werden im Durchschnitt 3000 Liter Wasser verbraucht. Zu viel, denn Wasser wird immer knapper. Am IRRI wird deshalb an neuen Sorten und Methoden geforscht und dabei auch auf die umstrittene Genforschung gesetzt.

Nicht nur wegen seiner Haltung zur Gentechnologie steht das IRRI in der Kritik. So rät das Institut den Bauern, traditionelle Sorten durch moderne Hochertragssorten zu ersetzen. Etwa durch Hybridreis. Dessen Saatgut erwirtschaftet jedoch nur bei der ersten Kreuzung hohe Erträge. Folglich müssen Bauern jede Saison neues Saatgut kaufen. Allerdings bringt Hybridsaat bis zu 20 Prozent mehr Erträge. In der Volksrepublik China werden deshalb bereits 15 Millionen Hektar – rund die Hälfte der Reisfelder – mit Hybridsaat bepflanzt. Andere Länder ziehen nach.

Hybridsaat birgt hohes Risiko

Charito Medina von der philippinischen Dachorganisation Masipag warnt vor dieser Politik: „Früher pflanzten philippinische Bauern 3000 Reissorten, heute wachsen auf 80 Prozent der Anbaufläche nur noch fünf." Das erhöht die Gefahr von Epidemien durch Schädlinge, Pilze oder Unkräuter. Viele Hilfsorganisationen lehnen diese Bewirtschaftung ab. Gerade für arme Bauern bergen Hochertragssorten große Risiken, weil sie Saatgut und Dünger auf Kredit kaufen müssen. Das lohnt sich nur bei hohen Reispreisen. Die aber schwanken. „Von 70 Säcken habe ich am Ende 50 dem Geldverleiher überlassen", sagt Emilia Dalisay, die in die Verschuldungsfalle geriet.

> Ein Problem drängt besonders: Für ein Kilo Reis werden im Durchschnitt 3000 Liter Wasser verbraucht.

Die Bäuerin auf der Insel Negros hat sich aus dieser Abhängigkeit befreit. Statt Hochertragssorten baut sie wieder traditionellen Reis an, mit einer neuen Anbaumethode, die aus Madagaskar stammt. Dort entwickelte Henri de Laulanié sein „System of Rice Intensification" (SRI). Der Jesuitenpater konnte die Erträge um bis 400 Prozent steigern. Die Erfolge werden aber von Wissenschaftlern gerade im IRRI bezweifelt.

Die Diskussion um die „richtige Anbaumethode" trägt inzwischen ideologische Züge. Saatgutfirmen und IRRI richten ihren Blick nur noch auf hohe Erträge und vergessen ökologische und soziale Nebenwirkungen. Einige westliche Hilfsorganisationen favorisieren Bioreis und fair gehandeltem Reis. Dieser mag einigen Farmern bessere Erträge und den Konsumenten hochwertige Nahrungsmittel bringen, langfristig aber kaum mehr als ein Nischendasein in der Weltwirtschaft spielen.

Für arme Menschen im Süden ist wichtiger, dass sie auf den Märkten billigen Reis kaufen können. Wenn die Bevölkerung wächst und die Anbaufläche abnimmt, müssen die Hektarerträge dauerhaft gesteigert werden. Das aber ist nur eine Seite der Medaille. Um den Hunger zu bekämpfen, brauchen arme Menschen auch Zugang zu Ressourcen. Das aber ist dann wieder eine politische Frage.

Michael Netzhammer arbeitet als Journalist in Hamburg.

Kurzinfo: Reis

Das ursprünglich in den Subtropen beheimatete Getreide wächst heute weltweit. Kultiviert wird es überwiegend im Nassanbau oder – je nach Wasserverfügbarkeit – im regenabhängigen Trockenanbau. Reis ist Grundnahrungsmittel für über drei Milliarden Menschen. Jeder sechste Mensch auf der Erde baut selbst Reis an. Von den im Jahr 2002 produzierten 576 Millionen Tonnen wurden 80 Prozent von Kleinfarmern geerntet, vor allem in Asien.

Reis im Internet

IRRI: www.irri.org
Masipag: http://www.masipag.org/index.html

Internationales Reisjahr 2004:
http://www.fao.org/rice2004/index_en.htm

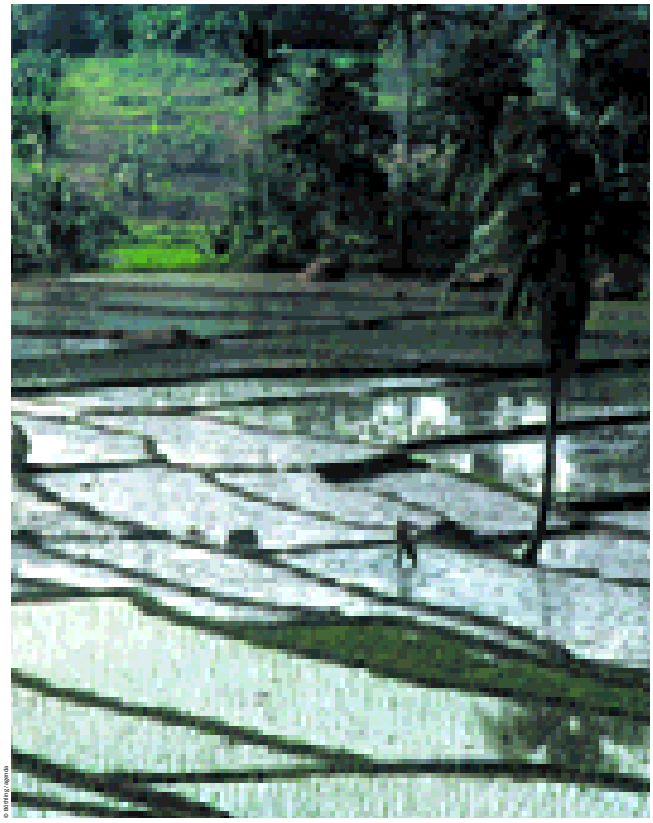
Wasserproblematik:
International Platform for Saving Water:
http://www.irri.org/ipswar/
Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR): http://www.waterforfood.org/

Über SRI informiert: Cornell International Institute for Food, Agriculture and Development (CIIFAD): http://ciifad.cornell.edu/sri/

Dossier: Reis – Korn des Lebens

Reispflanzen sind viel zu durstig

In Zukunft muss der Reisanbau mit erheblich weniger Wasser auskommen



© BURDA/Jugenda

Ein idyllisches Bild ohne Zukunft: *Reis muss künftig mit weniger Wasser auskommen.*

Kleine Reisfelder bis zum Horizont, überflutet mit Wasser. Darin Menschen, die pflügen, säen oder ernten. Dieses Klischee entspricht tatsächlich in vielen Regionen der Realität. 80 Prozent der weltweiten Reisernte werden im Nassanbau produziert.

Eine Methode mit einem entscheidenden Nachteil: Sie benötigt zu viel Wasser – rund 3000 Liter für ein Kilo Reis. Mathias Becker, Agrarexperte am deutschen Institut für Pflanzenernährung in Bonn, nennt Reis deshalb „den größten Wasserverschwender".

In Asien fließen 90 Prozent des Frischwassers in die Landwirtschaft, mehr als die Hälfte davon in den Reisanbau. Zunehmend wird dafür Grundwasser heraufgepumpt. Die Folgen in China und Indien: Der Grundwasserspiegel sinkt dramatisch. Doch die wachsende Bevölkerung wird künftig noch mehr Reis benötigen.

Einziger Ausweg: Reis muss mit weniger Wasser angebaut werden. Wie? Dafür existieren zahlreiche Lösungsansätze. Von einer effektiveren Bewirtschaftung der Felder bis zu speziellen Züchtungen. Immer jedoch stehen die Wissenschaftler vor demselben Problem: Obwohl Reis keine Wasserpflanze ist, hat sich die zu den Gräsern zählende Pflanze „Oryza" in der Evolution an eine überflutete Umwelt angepasst. Ohne „Fußbad" produzieren die Pflanzen weniger Körner. Gerade jene Sorten, die im Nassanbau hohe Erträge erwirtschaften.

Robustere Züchtungen sind nötig

Andere, robustere Sorten, wie sie in der vom Regen bewässerten Landwirtschaft verwendet werden, überstehen Trockenperioden besser, aber sie bringen auch weniger Erträge, erklärt Bas Bouman, Wasserexperte am International Rice Research Institute (IRRI). Der Belgier forscht seit vielen Jahren zur Wassereffizienz von Reis. Diese kann auf viele Arten gesteigert werden. Etwa, indem man Reis mit kürzeren Wachstumszyklen züchtet. Oder ertragreiche mit trockenresistenten Sorten kreuzt, wie es Bouman versucht. Eine Voraussetzung dafür, Reis künftig wie Weizen anbauen zu können. Die Wissenschaftler sprechen dann von „aerobem Reis". Brasilianische und chinesische Wissenschaftler haben aerobe Sorten gezüchtet, die rund sieben Tonnen pro Hektar abwerfen und bis zu 50 Prozent weniger Wasser verbrauchen. Der Ertrag liegt jedoch nach wie vor 25 Prozent unter dem anderer Sorten.

Neue Methoden helfen

Wasser lässt sich aber auch beim konventionellen Anbau sparen. „Besser instandgehaltene Felder können den Verbrauch bis zu zehn Prozent verringern", weiß Bouman. Der deutsche Agrarexperte Klaus Dittert experimentiert in China mit alternativen Materialien. Statt die Reisfelder zu fluten, legt er sie mit Mulch aus oder deckt sie mit Plastikplanen ab. Das spart bis zu 60 Prozent Wasser, drückt jedoch den Ertrag. Genauso bei zwei gängigen Methoden. Beim „Alternate Wet and Drying" werden die Felder einmal geflutet und trocknen dann bis zu sieben Tage aus. Bei der „Saturated Soil Culture" tränken die Bauern den Boden, überfluten ihn aber nicht.

Beim „System of Rice Intensification" (SRI) werden die Felder ebenfalls nicht mehr geflutet. Bis zu 50 Prozent Wasser können gespart werden, ohne dass die Erträge zurückgehen. Allerdings zweifeln Experten wie Bouman an der neuen Methode. Keine Frage, es braucht langfristige Untersuchungen. Die aber kosten Zeit. Die gesamte Materie in Sachen Wassereffizienz ist komplex. Weshalb der Belgier für die umstrittene Gentechnologie plädiert: „Gelänge es, Reis einige Eigenschaften von Mais einzupflanzen, könnten wir allein dadurch die Wasserproduktivität um 80 Prozent steigern". M.N.

Bodenlose Generation

Philippinen: Ohne Landreform haben Arme keine Zukunft

Von Michael Netzhammer

Inzwischen blickt Emilia Dalisay mit anderen Augen auf dieses Land. Auf das wogende Zuckerrohr, die sattgrünen Reisfelder, auf die im Wasser zankenden Gänse und die Bananenstauden hinter „unserer Hütte", wie sie betont. Der Satz klingt nicht mehr fremd in ihren Ohren. Die ehemalige Landlose hat sich daran gewöhnt, etwas zu besitzen: ein Dach über dem Kopf, einen Wasserbüffel, vor allem aber ein Stück Land.

© BURDA/Jugenda

Eigenes Land, eigene Ernte – *Emilia Dalisay hat Glück gehabt. Anders als das riesige Heer der Landlosen kann sie den eigenen Boden bewirtschaften.*

Ihr Besitz ist nicht groß. Zwei Reisfelder am Bach, ein paar Bambusbäume und Ananassträucher. 1997 haben Emilia und ihr Mann 1,5 Hektar im Zuge der Landreform erhalten. Die wurde 1988 unter der Regierung Aquino – drei Jahre nach dem Sturz des Diktators Marcos – verkündet, ist aber auf halber Strecke zum Erliegen gekommen. Gerade hier, auf der philippinischen Zuckerrohrinsel Negros. 240 000 Hektar sollten innerhalb von zehn Jahren in Negros Occidental verteilt werden. Nach 15 Jahren waren es lediglich 127 000 Hektar, vor allem Boden von kleinen Landbesitzern und Staatsland. Die wirklich großen Eigentümer aus den Familienclans blieben bisher ungeschoren.

Gegen die gleißende Sonne trägt Emilia Dalisay ihre gelbe Schirmmütze. Mit einer Sichel „köpft" sie Pflanze für Pflanze und legt die Büschel zum Trocknen ab. Es wird wieder eine gute Ernte. 120 Sack waren es in der letzten Saison, über fünf Tonnen pro Hektar. Reich wird sie davon nicht. Aber sie muss nicht mehr von der Hand in den Mund leben. Anders als Hocerfida Ortiz. Tief gebeugt steht die 70-Jährige auf dem Feld. Der Rücken schmerzt. Die halblangen, grauen Haare versteckt sie hinter einem Tuch.

Arbeit ist rar

Die kleine Frau wiegt kaum 40 Kilo, ist mager bis auf die Knochen. Mehr als 55 Jahre arbeitet sie auf fremden Feldern. Täglich acht Stunden für 100 Pesos, etwas mehr als 1,20 Euro. Wenn es Arbeit gibt. In der Trockenzeit – den „tiempos muertos", der toten Zeit – gibt es meistens keine. Dann näht sie Schindeln aus Bambusblättern oder verdingt sich als Wäscherin. „Notfalls essen wir nur einmal am Tag", sagt sie. Ein eigenes Stück Land – „das würde uns sehr helfen".

Ihre Hütte steht in San Furique auf dem Land von Ricardo Presbitero. Er gehört zu einer der mächtigen Familien auf Negros. „Schon mein Vater hat für diese Familie gearbeitet", erzählt Hocerfida. Das System der Abhängigkeit ist so alt wie die Zuckerrohrplantagen der Insel. Kilometerweit führen die Straßen vorbei an endlosen Feldern, auf denen Menschen Zuckerrohr säen, schlagen und tragen. Mehr als 70 Prozent der 1,5 Millionen Menschen auf Negros hängen von dieser Pflanze ab. „Zuckerrohr ist die Pflanze der Armut", sagt ein Landarbeiter.

Um so mehr, seit die philippinische Zuckerrohrindustrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren kann. Trotzdem wehren sich die Zuckerbarone dagegen, ihr unproduktives Landes den Landlosen zu geben. Lieber engagieren sie Bewaffnete und lassen ihren Einfluss spielen. Für Hocerfida Ortiz und das riesige Heer der Landlosen schwindet damit auch die Chance auf ein menschenwürdigeres Leben.

Und mit ihren Kindern wächst eine weitere verlorene Generation heran. Die Fotos ihrer drei Töchter und ihres Sohns hängen an einem Balken. Alle sind sie nach Manila gezogen. Für Menschen ohne Schulbildung gibt es auch dort nur schlecht bezahlte Jobs. Gesehen hat sie ihre Kinder seit vielen Jahren nicht mehr. Die Fähre von Manila nach Negros ist zu teuer.

Kleinbauern haben Angst vor der Schuldenfalle

Meinungen über Wege zur Ertragssteigerung gehen auseinander / Von Michael Netzhammer

Emanuel Rodriguez wischt sich den Schweiß von der Stirn und sinkt auf die Bank im Schatten. Sein T-Shirt ist nass. Auch er, ein zum Volk der Tagbanuas gehörender Ureinwohner, ist geschlaucht von der brennenden Sonne und dem heißen, stickigen Klima auf Palawan, der philippinischen Urlaubsinsel.

© Brunning/ Agrofoto

Hybridreis bringt zwar höhere Erträge. *Aber taugt diese Methode auch für Kleinbäuerinnen?*

Eine Stunde mit dem Wasserbüffel durchs Reisfeld zu pflügen, ist kein Vergnügen. Mit seinen Kollegen genießt er den Schatten, raucht und diskutiert über den neuen Reis, den sie anbauen wollen. „Rc72H" heißt er. Das „H" steht für Hybridsaatgut. Es wird aus ertragreichen, reinerbigen Reissorten gekreuzt. Doch nur die erste Kreuzung bringt vitale, ertragreiche Pflanzen hervor. Für Emanuel Rodriguez und die anderen Bauern bedeutet das: Jedes Jahr müssen sie neues Saatgut kaufen und damit sehr viel mehr investieren.

Dafür steigen die Erträge: „240 Kawans haben Bauern damit pro Hektar erzielt, also elf Tonnen, während wir bisher allenfalls 120 bis 150 Kawans ernten konnten", erzählt Emanuel. Das gab den Ausschlag. Zuvor hatten sie eine Abordnung zu anderen Bauern geschickt und mit Vertretern des staatlichen Reisinstitutes PhilRice gesprochen. Finanziert hat die Reise die „Community of Learners Foundation" (COLF), die mit Unterstützung der Deutschen Welthungerhilfe die Lage der Ureinwohner auf Palawan verbessern hilft.

Auf der Reise hatten die Tagbuanas auch erfahren, dass die Regierung die Hälfte der Kosten für Hybridreis übernimmt. 2400 Pesos, 34 Euro kostet der Sack. Für 50 Kilo normales Saatgut bezahlt man lediglich 600 Pesos, „aber man muss fünf Mal so viel aussäen", erklärt Emanuel.

„Uns wurden schon viele Versprechungen gemacht, und am Ende haben immer wir die Zeche bezahlt."

Die Bauern kommen also billiger weg. Vielleicht. Emanuel ist skeptisch: „Uns wurden schon viele Versprechungen gemacht, und am Ende haben immer wir die Zeche bezahlt", sagt der Vater von zwei Kindern. Als vorsichtiger Mensch bepflanzt er deshalb nur die Hälfte des Bodens mit dem modernen Saatgut.

Hybridsaat? Nein danke!

Pacencia Demitrio hingegen lehnt Hybridsaatgut ab. „Auf Dauer verlieren wir unsere Unabhängigkeit, wenn wir unser Saatgut nicht mehr selbst herstellen", sagt die 56-Jährige. Von ihrer Hütte blickt die dünne Frau auf die Terrassen von Tabidiao auf der Insel Negros, zwei Flugstunden von Palawan entfernt.

Auch sie will und muss ihre Erträge erhöhen. Dazu setzt sie auf eine Anbaumethode, die der Jesuitenpater Henri de Laulanié auf Madagaskar erfunden hat. Mit seinem „System of Rice Intensification" (SRI) ernten manche Bauern bis zu 400 Prozent mehr Reis. Doch das System nötigt den Bauern Veränderungen ab, ohne dass gleich ein Nutzen zu erkennen ist. Mit SRI werden die Felder nicht dauerhaft überflutet, sondern nur feucht gehalten. Vor allem mit den Setzlingen wird anders umgegangen: „Wir versetzen sie bereits nach 10 Tagen", erklärt Pacencia. Üblich sind 20 bis 30 Tage. Außerdem lässt sie zwischen den Setzlingen viel mehr Platz. Dann verwurzeln sich die Pflanzen tiefer und nehmen mehr Nährstoffe auf.

Anfangs war Pacencia jedoch frustriert. „Mit den winzigen Pflanzen und dem breiten Abstand glichen die Felder einer Schlammwüste", erinnert sich die Mutter von zwei Kindern. Weil sie ihr Feld nicht mehr überflutete, wucherte mehr Unkraut. Sie und ihr Mann mussten härter arbeiten. Am Ende lohnte sich das: „Wir ernten fast doppelt so viel."

Mit dieser Erfahrung ist sie nicht allein. SRI wird inzwischen in über 17 Ländern eingesetzt und erprobt. Während manche Projekte keine signifikanten Steigerungen melden, sprechen andere von riesigen Zuwächsen.

Das International Rice Research Institut (IRRI) in Manila sieht die Sache jedoch skeptisch. Die Forscher misstrauen den Angaben. Sie propagieren den Einsatz von Hybridsaatgut, was sie für viele Kritiker als willfährige Büttel der Agrarkonzerne diskreditiert.

Basmati-Reis: Patent ist „gestohlen"

Sandra Blessin von der BUKO Agrar-Koordination über Reispatente, Biopiraterie und das TRIPS-Abkommen.

Welternährung: *Das Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums, kurz TRIPS (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights), soll weltweit geistiges Eigentum durch Patente und Markenzeichen schützen. Was bedeutet das für südliche Länder?*

Sandra Blessin: Als Mitglied der WTO – und das sind fast alle Entwicklungsländer – müssen sie ein System zum Schutz geistigen Eigentums an Tieren und Pflanzensorten aufbauen. Damit wird die westliche Philosophie, kollektive Güter zu privatisieren, auf natürliche Ressourcen ausgedehnt, die traditionell und aus gutem Grund Gemeinschaftsgut waren. Das öffnet Firmen aus Industrieländern Tür und Tor, sich ganze Pflanzen oder Gensequenzen aus dem biologischen Schatz des Südens anzueignen.

Wie kann das geschehen?

Indem Gentechniker Gene einer Pflanze in eine andere einbauen und so etwas angeblich „Neues" schaffen. Das geht so weit, dass in der Natur vorkommende Pflanzen allein durch Isolieren einzelner Gensequenzen patentiert werden können. Damit wird der rechtliche Rahmen für die so genannte Biopiraterie geschaffen.

© BOEHRING/ Agrofoto

Lizenzgebühren für patentierte Reispflanzen? *Das TRIPS-Abkommen machts möglich – zu Lasten der Reisbauern und der Konsumenten.*

Was ist damit gemeint?

Ein Beispiel: Basmati-Reis wächst ursprünglich nur in Indien und Pakistan. Die US-Firma Rice Tec hat aus Keimplasma des bekannten Basmatireis' eine Reissorte mit 22 Varietäten gezüchtet und darauf ein Patent erhalten. Es ging der Firma vor allem um die Bezeichnung Basmati. Obwohl Basmati-Reis von den Bauern des Punjab angebaut und weiterentwickelt wurde, konnten sie weder die Patentierung verhindern noch den Reis als geographische Herkunftsangabe schützen lassen, wie das etwa bei schottischem Whisky oder Champagner möglich ist. Kein Einzelfall: Inzwischen gibt es über 5000 Patente auf Gene und Zelllinien. Der Vorsitzende des Forum for Biotechnology & Food Security, der Inder Devinder Sharma, bezeichnet das TRIPS-Abkommen deshalb als einen klassischen Fall des ökonomischen Straßenraubs.

Patente können aber nur auf Erfindungen, also auf Neues angemeldet werden?

Ja, so steht es im Gesetz. Theoretisch müsste das zuständige Europäische Patentamt durch die Welt reisen, um den eingereichten Anträgen auf den Grund zu gehen. Das ist kaum möglich. Zudem hat das Patentamt kein Interesse daran, weil es sich aus Patentgebühren finanziert. Die Betroffenen im Süden wiederum wissen häufig nichts davon, dass sich private Unternehmen eine Frucht, eine Pflanze oder Teile davon patentieren lassen. Erfahren sie es, müssen sie beweisen, dass es sich um keine Neuheit handelt. Das ist die Umkehr der Beweispflicht und verschlingt enorme Kosten. Indien hat gegen die Patentvergabe im Fall Basmati geklagt und, nachdem es 300 000 US-Dollar investiert hatte, die Segel gestrichen.

Wer profitiert von TRIPS und welche Folgen befürchten Sie?

In erster Linie Saatgutkonzerne und Gentechnikindustrie. Als Besitzer von Patenten können sie die Nutzung gewisser Pflanzen verbieten. Oder sie knüpfen den Anbau an Bedingungen wie sie heute bei Hybridsorten gang und gäbe sind. Bauern müssen also Lizenzen erwerben und auf das Recht verzichten, Saatgut nachzubauen. Damit verschärft sich ihre Abhängigkeit von wenigen Konzernen.

Noch produzieren die Farmer im Süden ihr Saatgut zu 90 Prozent selbst. Das ist ein gigantischer Absatzmarkt. Setzen sich die Konzerne durch, werden sie nur wenige ertragreiche Sorten züchten. Das bedeutet eine Verarmung der Sortenvielfalt. TRIPS bereitet der konsequenten Fortführung der Grünen Revolution das Feld.

© Privat

Sandra Blessin

Diskussion

© Misereor

Institutionen entscheiden über Fortschritt

Entwicklungszusammenarbeit braucht verlässliche institutionelle Strukturen – Neue Erkenntnisse der Wirtschaftswissenschaften / Von Reinold E. Thiel

Armut in den Ländern der Dritten Welt wird in erster Linie durch Kapitalmangel verursacht. Das galt in der Entwicklungspolitik jahrzehntelang als unbezweifelbare Wahrheit. Der frühe Theoretiker der Auslandshilfe, Walt W. Rostow, lieferte in den 60er Jahren die Begründung dazu: Wenn die Investitionsquote einer Volkswirtschaft auf mindestens zehn Prozent des Sozialprodukts steigt, kommt es zum *take-off*, also zum Abheben wie bei einem Flugzeug. Und schon ist das Land auf dem Weg zur Entwicklung.

Nach dieser Ansicht galt es also, möglichst viel Kapital in die Entwicklungsländer zu pumpen, in Form von Krediten oder Zuschüssen. Aber das Konzept versagte. In 50 Jahren Entwicklungspolitik wurden etwa 1000 Milliarden Dollar in die Dritte Welt transferiert. Doch nur eine Handvoll Länder – vorwiegend in Ost- und Südostasien – schaffte es zum Status von Schwellenländern. Die überwiegende Mehrzahl, vor allem in Afrika, blieb arm. Als in den 80er Jahren die reichlich verteilten Kredite zur Überschuldungskatastrophe führten, zog die Weltbank die Notbremse. Mit strukturellen Anpassungsprogrammen wurde den Schuldnerländern strikte Haushaltsdisziplin verordnet, damit sie ihre Schulden zurückzahlen könnten. So aber wurde die Katastrophe nur größer, neue Armut wurde geschaffen. Eine „soziale Dimension" wurde hinzugefügt, doch ein Konzept stand nicht dahinter. Das lieferte schließlich der Mann, dem 1993 der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft verliehen wurde: der US-amerikanische Ökonom Douglass North.

Institutionen können den Fortschritt ersticken

North hatte in seinen wirtschaftshistorischen Studien seit den 60er Jahren beobachtet, dass wirtschaftlicher Fortschritt stets mit Veränderungen im Institutionengefüge einer Gesellschaft einherging. Die Beendigung der Leibeigenschaft oder des Zunftwesens brachte wirtschaftlichen Aufschwung; die Niederlande und England hatten entwicklungsfördernde Institutionen, Spanien und Portugal entwicklungshemmende.

Was versteht man unter Institutionen? Institutionen sind das Regel- und Wertesystem, an dem die Menschen in einer Gesellschaft ihr Verhalten orientieren, und die organisatorischen Formen zu ihrer Durchsetzung. North nennt sie *„the rules of the game"*, die Spielregeln.

Privateigentum ist eine Institution, das Straf- oder das Vertragsrecht, die Gerichte, die sie durchsetzen, das öffentliche Gesundheitswesen oder „das moralische Gesetz in uns". In Holland und England, Ländern mit einer protestantischen Wirtschaftsethik, die Sparsamkeit und Arbeitsamkeit verlangte, entwickelte sich Wohlstand durch Gewerbefleiß, während die iberischen Länder die Erträge der lateinamerikanischen Silberminen verprassten und nach dem Verlust ihrer Kolonien verarmten. Ein besonders aufschlussreiches Beispiel bietet Italien, wo im Süden bereits im 12. Jahrhundert von den normannischen Herrschern ein hocheffizienter Zentralstaat eingerichtet wurde. Dieser erstickte jegliche Privatinitiative und führte langfristig zu wirtschaftlicher Stagnation. Die zahlreichen kleinen Stadtrepubliken im Norden förderten dagegen die Eigeninitiative ihrer Bürger. Das Gewerbe blühte auf, die Auswirkungen davon sind noch heute erkennbar.

Institutionen können geschrieben oder ungeschrieben sein, seit Jahrhunderten überliefert oder vom Gesetzgeber beschlossen. Die Ökonomen, besonders die der neoklassischen Richtung, hatten sich um die Bedeutung der Institutionen für die wirtschaftliche Entwicklung nicht gekümmert. Erst Douglass North und einige andere begründeten einen neuen Zweig der Wirtschaftswissenschaft: die „Neue Institutionenökonomik".

Der Durchbruch kam mit dem Nobelpreis

Lange Zeit hatten Norths Untersuchungen keinen Einfluss auf die konkrete Politik. Das wurde anders, nachdem er 1993 den Nobelpreis erhalten hatte. Seine Hauptthese: Die wichtigste Institution für die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft ist das Eigentum an Produktionsmitteln, *property rights* in seiner Terminologie, ins Deutsche gewöhnlich als „Verfügungsrechte" übersetzt. Diese wurden nun, ab Mitte der 90er Jahre, auch zu einem Thema der Entwicklungspolitik. Das bedeutet: Man kann Bauern nicht mit Geld helfen, wenn sie nicht die Verfügungsrechte über ihr Land haben; zuerst muss also eine Bodenreform stattfinden. Korea und Taiwan hatten das gemacht, und die darauf folgende Entwicklung war atemberaubend. Auch die Frauen in Afrika sind darauf angewiesen, denn sie leisten einen großen Teil der landwirtschaftlichen Arbeit.

Good governance als neuer Schwerpunkt

Die kleinen Handwerker im informellen Sektor werden von der Bürokratie gegängelt. Sie müssen unsinnige Vorschriften erfüllen oder Schmiergeld zahlen. Also müssen vernünftige Vorschriften geschaffen und Bürokratie abgebaut werden. Wer Verträge schließt, muss sich darauf verlassen können, dass sie eingehalten werden und er sie notfalls einklagen kann. Also muss es ein Vertragsrecht und Gerichte geben. Und vor allem: Regierung und Verwaltung müssen ihr Ziel in der Entwicklung des Landes und nicht in privater Bereicherung sehen. Sie müssen *good governance* leisten, Korruption bekämpfen. *Institutions matter* heißt das neue Schlagwort: die Institutionen spielen eine Rolle. Erst wenn sie funktionieren, kann Geld etwas bewirken. Entwicklungszusammenarbeit muss vor allem bei institutioneller Entwicklung ansetzen, und auch die finanziellen Mittel müssen in erster Linie hier eingesetzt werden.

Das Handwerk braucht einen sicheren Boden. *Nur vernünftige Vorschriften und ein verlässliches Vertragsrecht schaffen die Voraussetzung für Entwicklung.*

Seitdem hat auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit *good governance* und institutionelle Reformen zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Allerdings: Unter Institutionen werden allzu häufig nur die Verwaltungsorganisationen verstanden. Natürlich ist es wichtig, diese zu reformieren. Doch die Reform kann leicht in die falsche Richtung gehen, wenn man vergisst, dass dahinter die Wertvorstellungen einer Gesellschaft stehen sollten. Es reicht nicht, Institutionen einfach aus Europa zu übertragen. Institutionen müssen, um für die Menschen in einer Gesellschaft akzeptabel zu sein, mit den Traditionen dieser Gesellschaft vereinbar sein. Das eigentlich Neue wäre, die importierten Institutionen mit den traditionellen zu einer neuen Einheit zu verschmelzen, wie dies der afrikanische Sozialwissenschaftler Mamadou Dia fordert. Hat zum Beispiel das europäische Recht vor allem das Ziel, den Schuldigen zu bestrafen, das traditionelle afrikanische hingegen, den Schaden gut zu machen, dann wäre geschriebenes Recht in den heutigen afrikanischen Staaten ohne diese afrikanische Komponente kaum konsensfähig. Aber solche Einsichten sind bisher mit institutioneller Entwicklung noch kaum verbunden.

Regierung und Verwaltung müssen ihr Ziel in der Entwicklung des Landes und nicht in privater Bereicherung sehen.

Reinold E. Thiel ist freier Journalist. Er war in den letzten zwölf Jahren Chefredakteur der Zeitschrift Entwicklung und Zusammenarbeit.

Literatur zum Weiterlesen

Mamadou Dia:
Africa's Management: Reconciling Indigenous and Transplanted Institutions. Washington, Weltbank 1996

Hans-Rimbert Hemmer (Hg.):
Die Bedeutung der Neuen Institutionenökonomik für die Entwicklungsländer. Frankfurt, KfW 1998

Shahid J. Burki u.a.:
Institutions Matter. Washington, Weltbank 1998

Promoting Institutional & Organisational Development. London, DFID 2003

Mainstreaming Institutionalising Development. Den Haag, Ministry of Foreign Affairs 2002

Subventionen bedrohen Afrikas Baumwollbauern

Die Industrieländer verdrängen afrikanische Kleinbauern vom Weltmarkt / Von Alexandra Burmann

„Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht." Dieses afrikanische Sprichwort appelliert an die Geduld. Und die Früchte der Geduld sind bekanntlich süß. Fragt man dieser Tage einen Baumwollbauern in Burkina Faso jedoch nach seiner Hoffnung auf bessere Preise für seine Baumwolle, dann wird er vermutlich schwer seufzen. Denn eine Besserung ist nicht in Sicht.

In Burkina Faso und weiteren west- und zentralafrikanischen Ländern leben zehn bis 15 Millionen Menschen vom Baumwollanbau. Der Anbau des „weißen Goldes", wie die Sahelbewohner ihr wichtigstes Exportprodukt nennen, hat in dieser Region eine lange Geschichte. Die Baumwolle, vorwiegend von Kleinbauern angebaut, spielt eine Schlüsselrolle bei der Armutsbekämpfung.

Vor zwei Jahren brachen die Preise für Baumwolle zusammen. Hauptursache sind milliardenschwere Subventionen in den Industrieländern *(siehe Infokasten)*. Der Verfall der Weltmarktpreise stürzte die Bauern im Sahel, die kostengünstigsten Produzenten weltweit, in eine schwere Krise. Sie konnten die Produktionskosten nicht mehr decken und ihre Kredite für Saatgut und Düngemittel nicht zurückzahlen. Geld für Schule, Kleidung und Nahrungsmittel mussten sie sich bei Verwandten leihen. Um produzieren zu können, mussten Tiere oder Land verkauft werden, was die zukünftige Produktion erschwert und die Bauernfamilien um Jahre zurückwirft. Andere zogen mit der Hoffnung auf Arbeit in die Städte.

Weltmarkt contra Armutsbekämpfung

Nicht nur die Bauern leiden, sondern die ganze Gesellschaft. In Burkina Faso kommen normalerweise 60 Prozent der Exporteinnahmen aus dem Baumwollanbau. Laut Berechnungen der Weltbank müssen die west- und zentralafrikanischen Regierungen allein durch die US-Subventionen Mindereinnahmen von mindestens 250 Millionen US-Dollar jährlich hinnehmen. Um gegen die Ungerechtigkeiten im Welt-Baumwollgeschäft anzugehen, starteten die Staatschefs von Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad im Juni 2003 eine gemeinsame Initiative bei der Welthandelsorganisation (WTO). Die zu den ärmsten Ländern der Welt gehörenden Staaten forderten einen vollständigen Abbau aller Baumwollsubventionen sowie für eine Übergangszeit Entschädigungszahlungen für die erlittenen Verluste.

Mit großen Hoffnungen reisten die afrikanischen Regierungsmannschaften im September vergangenen Jahres zur WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún und bekräftigten ihre Forderung. Doch die Reaktionen der reichen und mächtigen Staaten waren enttäuschend: Von Seiten der USA gab es nicht die Andeutung eines Zugeständnisses zum Subventionsabbau. Dabei wäre eine gerechte Handelspolitik die beste Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. François Traoré, Bauer aus Burkina Faso, wurde im mexikanischen Cancún nicht müde, für die Baumwollinitiative seiner Regierung zu kämpfen: „Wir wollen keine Barmherzigkeit. Alles, was wir fordern, ist Gerechtigkeit."

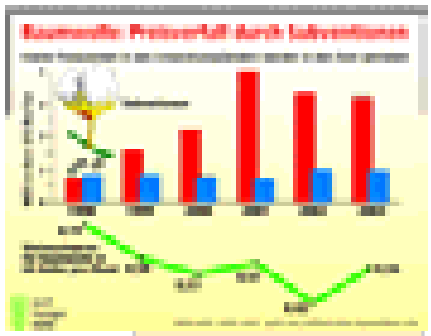
Ob die Baumwollernte in Burkina Faso genug zum Leben einbringt, *entscheidet nicht der Fleiß der Bauernfamilien, sondern die Subventionspraxis der reichen Länder.*

Europa: Subventionen für die teuersten Bauern

Auch aus Europa kommen wenig ermutigende Signale. Der europäische Baumwollanbau in Griechenland und Spanien ist der teuerste weltweit. Allein 2001 wurde er mit 716 Millionen US-Dollar unterstützt, das sind 1,38 Dollar pro Kilo Baumwolle – dies übersteigt den Wert der Baumwolle bei weitem. Zwar wird die EU-Baumwollpolitik reformiert, wie der EU-Kommissar für Außenhandel, Pascal Lamy, ankündigte. Die Subventionen werden allerdings nicht gekürzt werden. Ohne diese Zahlungen – gemessen am Produktionswert sieben bis acht Mal höher als die Subventionen für Getreide – würde in Griechenland und Spanien keine Baumwolle mehr angebaut.

Die Welthandelsgespräche in Cancún waren für Regierungen und Bauern aus dem Sahel ein schwerer Rückschlag. Zwar hat sich die Lage auf den Weltmärkten für Baumwolle leicht entspannt, doch werden die Preise insgesamt auf niedrigem Niveau bleiben, solange die bisherige Subventionspolitik fortgesetzt wird. Ob eine Verringerung der Subventionen dann auch wirklich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in den ländlichen Regionen der Anbauländer führt, steht auf einem anderen Blatt. Aber sie wäre *eine* Voraussetzung dafür.

Alexandra Burmann ist
Mitarbeiterin der Deutschen Welthungerhilfe.



USA: mit Dumpingpreisen auf den Weltmarkt

Baumwolle ist für manche Staaten Westafrikas das wichtigste Exportprodukt, doch in den letzten Jahren ist damit kaum noch Geld zu verdienen. Der Weltmarktpreis ist abgestürzt, viele Bauern mussten aufgeben. Schuld daran sind vor allem die Subventionen, die US-amerikanische Baumwollfarmer erhalten.

Die amerikanische Baumwolle ist qualitativ schlechter als afrikanische oder indische, denn sie wird von Maschinen geerntet. Das Pflücken von Hand ist viel schonender, wäre in den USA aber viel zu teuer. Dennoch haben die USA binnen weniger Jahre ihren Anteil an den weltweiten Exporten verdoppelt. Dabei produzieren die rund 25 000 Baumwollfarmer in den USA keineswegs billiger als die internationale Konkurrenz – im Gegenteil.

Planwirtschaft made in USA

Dank milliardenschwerer Subventionen, die sogar den Wert der exportierten Baumwolle übersteigen, wird amerikanische Baumwolle zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geworfen. Statt mit Baumwolle Geld zu verdienen, zahlen die USA kräftig drauf und haben so mittlerweile fast 40 Prozent des Weltmarkts erobert. Mit Marktwirtschaft hat das nichts mehr zu tun. Manche Kritiker sprechen sogar von schlimmerer staatlicher Planwirtschaft als in der einstigen Sowjetunion.

Leidtragende sind die Kleinbetriebe in den Entwicklungsländern. Noch vor zehn Jahren wurden aus dem Baumwollverkauf Gesundheitsdienste und Wasserleitungen finanziert, schickten viele Bauern ihre Kinder zur Schule. Damit ist es vorbei. Allein in der Saison 2001/2002 haben die rund dreieinhalb Milliarden Dollar US-Beihilfen den Weltmarktpreis um rund 22 Cents pro Pfund gedrückt – etwa ein Drittel des Preises, der ohne US-Beihilfen zu erzielen gewesen wäre.

Die USA geben für Subventionen an ihre 25 000 Baumwollfarmer etwa dreimal so viel aus wie für die Entwicklungshilfe an die rund 500 Millionen Menschen in Afrika.

© REX/MAY

Eine Broschüre zum Thema Baumwolle erhalten Sie ab Ende April unter info@welthungerhilfe.de und Telefon (0228) 22 88 127

Partnerschaft: Wasser ist das verbindende Element

Stadt Hamburg und Deutsche Welthungerhilfe erklären 2004 zum Partnerschaftsjahr

Seine Geltung als „Tor zur Welt" verdankt Hamburg seiner Lage am Wasser. Aber nicht nur für Hafenstädte ist Wasser wichtig. Sauberes Trinkwasser ist existentiell für alle Menschen, ohne Ausnahme weltweit. Deshalb dreht sich auch die diesjährige Partnerschaft zwischen Welthungerhilfe und der Stadt Hamburg ums Wasser.

© Angelstock

Die „Wasserpartnerschaft" *von Welthungerhilfe und der Stadt Hamburg steht für Weltoffenheit und Solidarität.*

Die Hansestadt und die Deutsche Welthungerhilfe arbeiten 2004 eng zusammen. Mit vielen gemeinsamen Veranstaltungen zu Kultur, Politik, Information und Sport. Interessierte Hamburgerinnen und Hamburger können sich darüber informieren, wie Menschen in den ärmsten Weltregionen leben und wie die Welthungerhilfe arbeitet.

Höhepunkt: die „Woche der Welthungerhilfe". Sie beginnt am 24. September mit einem Festakt im Historischen Saal des Rathauses. Dann folgen jede Menge Aktionen: Ausstellungen, Lesungen und Konzerte, Vorträge und entwicklungspolitische Diskussionsforen.

Das ganze Jahr über gehen sämtliche Erlöse und Spenden an „Wasser-Projekte" der Deutschen Welthungerhilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika. Schließlich hat die Hansestadt diesem Element viel zu verdanken.

Seit über 800 Jahren prägt der Hafen das Leben der Stadt, als Wirtschaftsfaktor und als Schmelztiegel der Kulturen. In den Industrienationen ist Wasser noch im Überfluss verfügbar. Weltweit aber haben über eine Milliarde Menschen nicht genug sauberes Trinkwasser zur Verfügung. Mit der Partnerschaft wird beispielsweise ein Trinkwasserprogramm für Vor- und Grundschulkinder im kubanischen Havanna – ebenfalls eine große Hafenstadt – unterstützt.

Wasser für Havanna

Denn die Wasserleitungen in Havanna sind marode, gerade Kinder werden vom schlechten Wasser schnell krank. Fast 30 000 Schulkinder profitieren von der neuen Trinkwasserversorgung.

Auch ein Welthungerhilfe-Projekt in Mali gehört dazu. Im Südwesten Timbuktus sind die Böden nach jahrelanger Dürre unfruchtbar. Umso wichtiger für das Überleben der Menschen sind ihre kleinen Viehherden. Allerdings bekommen die Tiere nicht genug Wasser, weil Brunnen fehlen. So nutzen sie ihren Besitzern weder als Nahrungsquelle noch als Handelsware. Seit einigen Jahren baut die Welthungerhilfe neue Brunnen für eine ausreichende Wasserversorgung. Anders die Situation auf den indischen Sundarbarns-Inseln. Sie werden immer wieder vom Meer überflutet. Die Menschen dort haben es immer schwerer, weil viele Felder unterhalb des Meeresspiegels liegen.

Gemeinsam mit den Küstenbewohnern praktiziert die Deutsche Welthungerhilfe deshalb „Land-Shaping": Das Bodenniveau wird angehoben und dem Ozean neue, sichere Anbaufläche abgewonnen.

Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust ist überzeugt, dass sich die Hamburger für diese Wasser-Projekte engagieren werden. Denn: „Hamburg ist schon aus Tradition offen für Menschen unterschiedlicher Kulturen – ein Tor zur Welt eben!"

Hendrik Jentsch ist Journalist in Köln.

Alles begann mit einer Rikscha für Lila Khan

Bundesverdienstkreuz am Bande für Alrun und Jürgen Dorsch von der Aktionsgruppe „Tu Was" / Von Beate Rygiert

© HMDG

„Wohin hätten Sie es denn gern?"
Staatssekretärin Johanna Lichy, MdL, verleiht Jürgen Dorsch das Bundesverdienstkreuz. Alrun Dorsch ist bereits damit bedacht worden..

Die Geschichte beginnt vor über 20 Jahren im indischen Agra. Dort lernen Alrun und Jürgen Dorsch den Rikschafahrer Lila Khan kennen. Die bittere Armut, in der er mit seiner Familie lebt, lässt die Dorschs nicht mehr los. Dass Lila seinen halben Verdienst an den reichen Rikschabesitzer abliefern muss, bringt sie auf eine Idee: Wie sehr wäre Lila geholfen, hätte er seine eigene Rikscha!

Ein Gedanke, den sicher auch andere Touristen haben. Und schnell wieder vergessen. Doch die Dorschs lässt die Idee nicht mehr los. Auch nicht nach ihrer Rückkehr. In Agra ließen sich die 350 Mark für die Rikscha nicht aufbringen. So knüpfen Alrun und Jürgen Dorsch aus dem heimatlichen Ludwigsburg Kontakte nach Agra. Gar nicht so einfach, wenn der, dem man helfen will, keine Postadresse hat und nicht lesen und schreiben kann! Wie Lila Khan schließlich zu seiner Rikscha kam und zwei seiner Kollegen ebenfalls, das erzählen Ihnen die Dorschs gerne selbst – bei einer ihrer Aktionen.

Dass sie sich weiterhin im Bereich Entwicklungshilfe engagieren würden, wurde dem Ehepaar 1984 bei einer Brasilienreise klar: Schockiert von der Kluft zwischen Arm und Reich, wollten sie etwas tun. Doch als Einzelner erreicht man weniger, als wenn man sich einer großen Organisation anschließt. Rund vierzig Organisationen nahmen sie kritisch unter die Lupe. Wichtiges Kriterium: der kurze Weg zwischen Spender und Hilfsprojekt. „Das Geld soll nicht in der Verwaltung versickern." Entschieden haben sie sich schließlich für die Deutsche Welthungerhilfe. Mit Gleichgesinnten gründeten sie 1985 eine Aktionsgruppe und 1989 den Verein „Tu Was".

Wir treffen uns nicht in einer Kneipe, sondern im Wohnzimmer", sagt Jürgen Dorsch. „So bleibt das Ganze persönlich. Jeder wird akzeptiert, wie er ist. Kann einer nur einmal im Jahr bei einer Aktion helfen, dann ist das in Ordnung. Uns alle hält der Spaß an der Sache und das Miteinander bei der Stange. So kommt es, dass bei uns Mitglieder eigentlich nur dann ausscheiden, wenn sie wegziehen."

Spezialität sind Glücksräder

Bei ihren Treffen legen sie fest, welches Projekt der Verein über die Welthungerhilfe fördern möchte. Derzeit ist das ein Projekt in Laos. Dann legen sich die Mitglieder ins Zeug, um Spenden für das Projekt zusammenzubekommen. Mit Glühwein in der Weihnachtszeit, Grillwürsten beim Erdbeerfest, Bier beim Marktplatzfest oder Flohmärkten und Verlosungen bei Betriebsfeiern. „Verlosungen und Glücksräder sind unsere Spezialität", sagt Jürgen Dorsch. Außerdem informiert der Verein Menschen über die Missstände in der Welt. Der Infostand steht mal in der Fußgängerzone, mal im Lindenmuseum Stuttgart, vor einem Konzert in der Liederhalle oder bei einem Betriebsfest. Helfer sind hochbegehrt, und falls Sie im Raum Ludwigsburg / Stuttgart wohnen und selbst mitmachen wollen, werden Sie mit offenen Armen empfangen. Auch durch Sachspenden für die Verlosungen kann geholfen werden.

„Tu Was" – es lohnt sich!

Über die hohe Auszeichnung für ihr ehrenamtliches Engagement freuen sich die Dorschs natürlich. „Der Verein steht im Vordergrund", betont Jürgen Dorsch jedoch, „es geht einzig und allein um die Sache. Und wenn es dazu beiträgt, dass ein paar Menschen Lust bekommen, sich uns anzuschließen, dann wäre das wunderbar!"

Beate Rygiert arbeitet als Journalistin in Stuttgart.

Weitere Infos:
Aktionsgruppe „Tu Was"
Alrun und Jürgen Dorsch
Telefon (071 41) 92 86 60
info@tu-was.de und www.tu-was.de
und bei der Deutschen Welthungerhilfe, Bonn
Rolf Herling Telefon (02 28) 22 88 139
rolf.herling@dwhh.de

Großer Bahnhof für die schnellen Kids

© dpa/ch

29. Januar 2004. Großer Bahnhof im Deutschen Bundestag. 50 Schülerinnen und Schüler wimmeln durch die heiligen Hallen, alle in bunt bedruckten T-Shirts, und mit einem großen Transparent: „Aktion Lebensläufe". Heidemarie Wiezoreck-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, empfängt die Gruppe, gemeinsam mit der DWHH-Vorsitzenden Ingeborg Schäuble und den Vize-Präsidenten des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, Dagmar Freitag und Theo Rous. Die Schülerinnen und Schüler werden für ihr sportliches und vor allem soziales Engagement im Rahmen der „LebensLäufe" geehrt.

„Viele von unserer Schule, aber auch von anderen Schulen in Deutschland setzen sich schon viele Jahre für arme und hungernde Menschen in der Welt ein", erklärt Maren Peter, Schülerin des Lise-Meitner-Gymnasiums in Falkensee, stellvertretend für die rund 25 000 Schülerinnen und Schüler, die 2003 an einem „LebensLauf" teilgenommen haben, und verspricht: „Das werden wir auch in Zukunft tun." Nach der Ehrung gibt es einen Rundgang durch Bundestag und Kanzleramt. Ob im Laufschritt, ist nicht bekannt.

Aktion „LebensLäufe": Sport und Solidarität

Die Aktion „LebensLäufe" bietet allen Interessierten die Möglichkeit, die olympische Verbindung von sportlicher Fitness und sozialem Bewusstsein aktiv zu leben. Schulen, Sportvereine und alle Interessierten können eigene sportliche Veranstaltungen (Laufen, Wandern, Radeln, Schwimmen etc.) durchführen. Gleichzeitig leisten sie konkrete Unterstützung für notleidende und hungernde Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die Aktion wird von der Deutschen Welthungerhilfe seit 1996 in Kooperation mit dem Deutschen Leichtathletik-Verband durchgeführt. In diesem Jahr freut sich die Aktion LebensLäufe über drei Charity-Partnerschaften mit den Stadtmarathons in Hamburg, Münster und Berlin. In Münster ist erstmals ein größeres Team aus Kollegen, Freunden und Förderern der Welthungerhilfe selbst mit am Start. Interessierte „Mitläufer" (nur Gesamtdistanz) sind herzlich willkommen.

Wir unterstützen Sie, wenn Sie einen „LebensLauf-Tag" planen, tatkräftig mit Informationen und Materialien. Fordern sie unsere Aktionsmappe mit dem Coupon auf dieser Seite an.

Kontakt: **Simone Loose, Telefon (0228) 22 88 160, Mail: lebenslaeufe@dwhh.de**

Coupon

Bitte senden Sie mir die Aktionsmappe **LebensLäufe** zu:

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
z. Hd. Simone Loose, Adenauerallee 134, 53113 Bonn
Telefon (02 28) 22 88-160, Telefax (02 28) -10
lebenslaeufe@dwhh.de

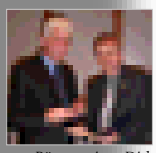
Infos

Afrikatage München: Welthungerhilfe ist Charity-Partner

Vom 11. bis 13. Juni 2004 finden auf der Wies'n in München erstmals die Afrikatage statt. Auf dem Programm unter anderem: Konzerte, ein Markt mit Kunsthandwerk, kulinarische Genüsse, ein Kinderzelt und Wüstenkino. Rund 200 Aussteller beteiligen sich. Das Motto der Veranstaltung: Afrika hat mehr zu bieten als Foto-Safaris und Golf-Hotels, afrikanische Kultur ist vielschichtiger als Trommelwirbel und Stammesriten.

Weitere Informationen zum Festival: **www.afrika-tage.de**

Kulturplakette für Welthungerhilfe-Aktivisten



Bürgermeister Dirk Püttmann, Preisträger Manfred Sestendrup

Die Stadt Dülmen hat Manfred Sestendrup, Lehrer und Autor mehrerer Gedichtbände, mit der Kulturplakette der Stadt geehrt. Seit Jahren steht im Zentrum seiner Gedichte der Alltagsheld Paul. Dass Sestendrup nicht nur im Umkreis seiner Heimatstadt bekannt ist, beweisen die mittlerweile über 20 000 verkauften Bände und zahlreichen Lesungen landesweit. Sämtliche Erlöse aus den Buchverkäufen sowie Honorare für Lesungen gehen an die Deutsche Welthungerhilfe.

Sein neuestes Buch „PAUL in Reimkultur", 2. Auflage, kann zum Preis von 10 Euro bestellt werden bei: Manfred Sestendrup, Overbergstraße 11, 48249 Dülmen, www.sestendrup.de

Hunger und Armut sind eng miteinander verbunden. Akute Not bekämpft die Deutsche Welthungerhilfe schnell und wirksam. Doch es müssen auch langfristig Wege aus dem Elend gefunden werden. Deshalb unterstützen wir Organisationen und Initiativen als Partner vor Ort durch Hilfe zur Selbsthilfe: Gemeinsam klären wir auf, bilden aus, bieten Beratung, stellen Kredite und Handwerkszeug bereit. Nachhaltige Projektarbeit zur langfristigen Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Menschen braucht Zeit. Um diese Arbeit finanzieren zu können und damit Menschen eine Zukunft zu schenken, brauchen wir Förderpartner, die uns mit einer regelmäßigen Spende unterstützen.

Engagieren Sie sich! Werden Sie Förderpartner und schenken Sie Menschen in Not eine Zukunft!

Weitere Informationen zur Förderpartnerschaft erhalten Sie unter Telefon (02 28) 22 88 175 oder unter: http://www.welthungerhilfe.de/WHHDE/partnerWerden/index.html

STOPP Kinderarbeit

Schnell mitmachen: Schulwettbewerb zum Thema Kinderarbeit

Bis zum 5. April 2004 läuft er noch, der Schulwettbewerb „Eine Welt für Alle – Alle für Eine Welt". Wie lässt sich eine gerechtere Welt schaffen? Mit dieser Frage können sich Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 auseinandersetzen. Organisiert wird der Wettbewerb vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Schirmherr ist Bundespräsident Johannes Rau.

Für Einsendungen zum Thema Kinderarbeit vergibt die Deutsche Welthungerhilfe zusammen mit ihren Kooperationspartnern zwei Sonderpreise: einen Besuch hinter den Kulissen bei ZDF logo! in Mainz und eine digitale Filmkamera. Gesucht sind kreative Arbeiten und/oder Aktionen zum Thema Kinderarbeit. Informationen rund um den Wettbewerb sowie Arbeitsmaterialien zum Thema Kinderarbeit können Sie bei uns anfordern.

Kontakt: **Antje.Paulsen@dwhh.de**
Telefon (02 28) 22 88-106

Die Deutsche Welthungerhilfe organisiert – gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen in Irland und den Niederlanden – eine Kampagne für Grundbildung von Kindern. Machen Sie mit! Unterzeichnen Sie unsere Petition für eine größeres Engagement der europäischen Regierungen im Bereich Grundbildung für alle Kinder.

Bitte abtrennen und schicken an die
Deutsche Welthungerhilfe, z. H. Antje Paulsen, Adenauerallee 134, 53113 Bonn.
Die Petition kann auch online unterzeichnet werden unter **www.schule-ist-der-beste-arbeitsplatz.de**

Petition – Stopp Kinderarbeit

Ich bin der Meinung, dass Kinderarbeit abgeschafft werden muss. Nur dann kann das Recht auf gute Schulbildung für alle Kinder durchgesetzt werden.

Dass dies möglich ist, bestätigt die erfolgreiche Arbeit der MV Foundation in Indien. Wenn Kinder nicht mehr als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, können Erwachsene höhere Löhne fordern. Armut ist keine Entschuldigung für Kinderarbeit!

Ich fordere deshalb die Regierungen Deutschlands, Irlands, der Niederlande und die Europäische Union dazu auf:

1. eine kohärente Politik zur Beseitigung von Kinderarbeit zu entwickeln, die beinhaltet, dass alle Kinder bis zum Alter von 14 Jahren Zugang zu staatlicher Grundbildung erhalten;
2. sicherzustellen, dass alle Mitglieder der Europäischen Union zusammenarbeiten und mindestens acht Prozent der staatlichen Entwicklungshilfe in Grundbildung investieren;
3. in den Haushalten für Entwicklungszusammenarbeit spezielle Mittel zu reservieren für die schulische Integration von Mädchen und Kindern aus Randgruppen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Impressum

Herausgeber: Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Adenauerallee 134, 53113 Bonn

Redaktion: Ulrich Post (verantwortlich), Dr. Iris Schöninger, Reinold E. Thiel (ständige Mitarbeit), Wolfgang Wagener (MediaCompany Berlin GmbH)

Telefon (02 28) 22 88-128, Telefax (02 28) 22 07 10

Internet: www.welthungerhilfe.de

E-mail: presse@welthungerhilfe.de

Nachrichtendienste: IPS, FAO

Layout: MediaCompany Berlin GmbH, Büro Bonn/Juan González

Druck: Dierichs, Kassel

Die Welternährung erscheint vierteljährlich.
Die Herausgabe der Zeitung wird aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft unterstützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Nachdruck erwünscht mit Quellenangaben und Belegexemplar.

Coupon

Bitte senden Sie die *„Welternährung"* auch an:

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Redaktion „Welternährung"
Adenauerallee 134, 53113 Bonn

Telefon (02 28) 22 88-134
Telefax (02 28) 22 07-10
E-Mail: info@welthungerhilfe.de

Unterhaltung

Wörterschlange

1⇩				⇧2				3⇩				⇧4				5⇩
1				10				11				20				
2				9				12				19				
3				8				13				18				
4				7				14				17				
5				6				15				16				

In dieses Schema sind 20 fünf-buchstabige Wörter einzutragen, wobei die Reihenfolge abwechselnd fallend und steigend ist (siehe Nummerierung). Die Buchstaben in den Reihen 2, 3 und 4 sind jeweils Anfangs- und Endbuchstaben zweier Wörter zugleich. Außerdem wird in jeder der vier Säulen jeweils ein Wort von rechts nach links geschrieben.
Das Lösungswort ist der Nummerierung nach zu lesen und bezeichnet den Traum eines jeden Landes mit unzureichender Lebensmittelversorgung.

Hier nun die Definitionen:

1. Macht Lehrer / Bäcker / Tischler / Maler zu Frauen
2. Wenn's auf .... mangelt, ist's Nordseewetter schlecht zu ertragen
3. Hellenisches Jenseits
4. Alles andere als laut hier
5. Auch Herr Kirch hat's gelernt: Wer ganz oben war, landet meistens wieder ganz da.
6. 21 km², 10 000 Einwohner, aber UNO-Mitglied!
7. Meist zwei-, drei- oder vierzinkig
8. Findet sich aufrecht auf Friedhöfen
9. Hieß bei den Algonkin ursprünglich „Sippe": ototeman – und heute?
10. Ohne dies kein output
11. Eines schönen solchen ...
12. Bei den Römern schon eine Anschwellung
13. Viele Hochnäsigen halten sich zu ihr gehörig (mitnichten!)
14. Ziemlich gewöhnlich, diese Lösung
15. Von Venedig nach NO komme ich direkt in diese Stadt
16. An solches statt sollt man die Wahrheit sagen
17. Die Grundlage des Fundaments
18. Vernarbung bei den Hellenen
19. Immer mit der Ruhe, nicht so!!
20. Schallt den Briten in den Ohren

Die richtige Lösung des Rätsels in der letzten Welternährung war **„Der Weg zur Quelle führt gegen den Strom"**.

Die glücklichen Gewinner der Kalender waren:
Stefan Klenk aus Leipzig, Wennemar Schweer aus Rheda-Wiedenbrück, Christel und Merlin Zepter aus Bochum, Petra Moritz aus Eckernförde, Norbert Biel aus Lübeck, Jeanette Nerreter aus Bolanden, Joachim Banholzer aus Ühlingen-Birkendorf und Simon Stahr aus Stuttgart.
Herzlichen Glückwunsch!

Lösung: 1. *Innen* 2. Amrum 3. Hades 4. Ruhig 5. Unten 6. Naun 7. Gabel 8. Siele 9. *Totem* 10. Input 11. Tages 12. Tumor 13. Elite 14. *Banal* 15. Udine 16. Eides 17. Basis 18. *Ulese* 19. Rasch 20. Sonic (Die *kursiv* gedruckten Wörter werden von rechts nach links eingetragen.) Lösungswort: NAHRUNGSMITTELUEBERSCHUSS

Neulich in... Rio de Janeiro

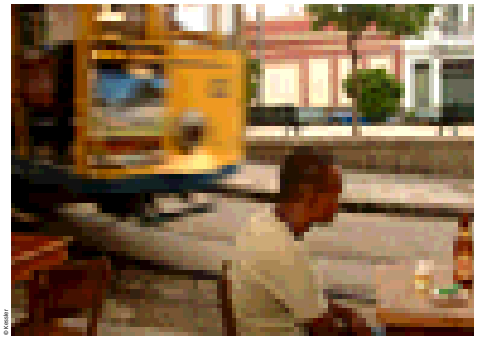
Von Wolfgang Kunath

Eigentlich müssten Brasiliens Bierbrauer ein Denkmal für Adolf Rumjaneck errichten. Acht Milliarden Liter Bier schlucken die Brasilianer jedes Jahr. Aber ob sie das auch ohne Adolf Rumjaneck tun würden? Der deutsche Kellner und spätere Wirt der Kneipe „Braço de Ferro" – Eiserner Arm – hat sich kräftig für die Verbreitung des Bieres eingesetzt. Mit der Kraft seines Bizeps nämlich. Wer Rumjaneck beim Armdrücken bezwang, durfte – gut hundert Jahre ist das her – weiter trinken, was man damals in den Schenken von Rio eben so trank. Wein, und zwar auf Kosten des Hauses. Aber natürlich siegte fast immer Rumjaneck. Dann musste der Unterlegene Bier trinken, was damals noch nicht populär war. Und selber bezahlen.

Irgendwann begannen die Brasilianer, freiwillig und ohne Armdrücken Bier zu trinken. Heute ist Brasilien – nach den USA, China und Deutschland – viertgrößter Bier-Markt der Welt. Nicht Kaffee ist hier das Nationalgetränk, schon gar nicht Caipirinha. Sondern Bier. Am brasilianischsten ist das brasilianische Bier in einer brasilianischen Kneipe. Da tritt nämlich die netteste Eigenschaft dieses netten Volkes am nettesten an den Tag: Das harmlose, endlose Gespräch am Tresen, bei dem jeder willkommen ist, jeder mitpicheln und mitpalavern darf. Vermutlich gibt es einen Grund, warum der „Largo das Neves" in Rio so und nicht anders heißt. Schneeplatz – das hat etwas von jenem magischen Realismus, wie er hier im Alltag gerne aufscheint. Bis abends um halb zehn kreischt alle zwanzig Minuten die alte Straßenbahn um den Platz, der von halb verfallenen und von wunderhübsch renovierten Häusern aus der Kaiserzeit gesäumt ist. Auf den Bänken sitzen Nachbarn im Schein der Straßenlaternen zusammen. Am Wochenende wird gegrillt. Kinder spielen mit dem riesigen Hund, der immer da ist. Und diese friedfertige Kleinstadt-Idylle mitten in der Sechs-Millionen-Stadt Rio de Janeiro beobachtet man am gemütlichsten aus einer der Kneipen, wo das Bier der Hitze wegen in Styropor-Kühlern serviert wird, die die Kellner in ganz Brasilien feixend als „camisinha", als Präservativ, bezeichnen.

Unausrottbar hält sich das Gerücht, die Deutschen tränken das Bier warm. Das ist insofern richtig, als brasilianische Trinker eine Temperatur möglichst hart am Gefrierpunkt als Qualitätsmerkmal betrachten. Viel weitergehende Ansprüche stellen sie nicht, und genauso schmeckt es auch, das brasilianische Bier: Hauptsache, schön kalt.

Wolfgang Kunath ist Korrespondent in Rio de Janeiro.



Alle zwanzig Minuten *fährt die alte Straßenbahn am Bierglas vorbei*